



This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at <http://books.google.com/>



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter <http://books.google.com> durchsuchen.

HD
2859

L5

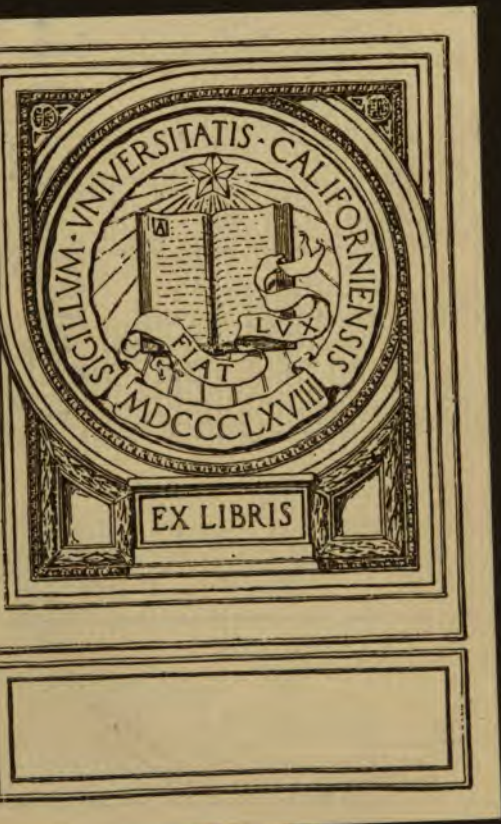
UC-NRLF



QB 39 952



YC 26503



Veröffentlichungen des Deutschen Wirtschaftsverbandes f. Süd- u. Mittelamerika
Heft 2

Die Kartelle in und nach dem Kriege

Von

Univ.-Prof. Dr. Robert Liefmann.



Berlin
Verlag Dietrich Reimer (Ernst Vohsen)
1918.

Deutscher Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika

gegründet unter Mitwirkung des

Deutsch-Argentinischen Centralverbandes und Deutsch-Brasilianischen Handelsverbandes

Vorsitzender: Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg

Berlin W. 15, Kurfürstendamm 220.

Der Deutsche Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika erstrebt die Förderung aller Beziehungen zwischen Deutschland und den Ländern Lateinamerikas, namentlich auf dem Gebiete des Handels und der Volkswirtschaft.

Diesen Zweck sucht der Verband zu erreichen durch Vertretung der gegenseitigen Handels- und Wirtschaftsinteressen, auch bei den Behörden aller in Betracht kommenden Länder, Verbreitung von Nachrichten aus Handel, Industrie, Schiffahrt und Finanz im Kreise der Mitglieder und in der Presse, Sammlung von Informationsmaterial aller Art, Herausgabe eines Handbuchs über das Wirtschaftsleben der lateinamerikanischen Länder, Erteilung von Auskünften über Gesetzgebung, Verwaltung, Statistik, Handel und Industrie.

Der Förderung der intellektuellen Beziehungen dienen zwei vornehm ausgestattete Zeitschriften „La Revista Latino-Americana“ (in spanischer Sprache) und „A Revista Latino-Americana“ (in portugiesischer Sprache). Vorträge über Süd- und Mittelamerika, Austausch von Lehrkräften, Förderung des Studiums von Lateinamerikanern an deutschen Universitäten, Kliniken, Handels-, Industrie- und Landwirtschaftsschulen, Veranstaltung von Vorträgen über Deutschland in Süd- und Mittelamerika, Verbreitung der Kenntnis der spanischen Sprache in Deutschland und der deutschen Sprache in Lateinamerika, Veröffentlichung lateinamerikanischer Literatur in deutscher Sprache und geeigneter deutscher Bücher in spanischer und portugiesischer Sprache, Veranstaltung von Reisen von Vertretern der Wissenschaft, der Kunst und Presse, des Handels, der Industrie und Bankwelt nach Süd- und Mittelamerika, Schaffung erstklassiger Klubs nach südamerikanischem Muster in den deutschen Hauptstädten, um den Deutschland besuchenden Lateinamerikanern ein Heim und Gelegenheit zu gesellschaftlichem Verkehr zu geben.

Mitgliedsbeitrag nach eigener Einschätzung (zum mindesten 120 M. für Firmen und juristische Personen, 30 M. für Einzelmitglieder).

**Veröffentlichungen des Deutschen Wirtschafts-
:: verbandes für Süd- und Mittelamerika ::
Heft 2**

Die Kartelle in und nach dem Kriege

Von

Univ.-Prof. Dr. Robert Liefmann.

Berlin 1918.

Dietrich Reimer (Ernst Vohsen).

70 1911
ABSONJA

AD 2859

L 5

Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg, Exzellenz	3
Univ.-Prof. Dr. Robert Liefmann	4
Dr. rer. pol. Kann	22
Ministerialdirektor a. D. Lusensky, Exzellenz	24
Geh. Oberfinanzrat Schwarz	25
Prof. Großmann	27
Regierungsrat Prof. Dr. Leidig	29
Prof. Flechtheim	32
Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg, Exzellenz	34
Univ.-Prof. Dr. Robert Liefmann (Schlußwort)	37

56

Die Kartelle in und nach dem Kriege.

Vortrag gehalten von

Univ.-Prof. Dr. Robert Liefmann

am 19. April 1918

im Deutschen Wirtschaftsverband für Süd- und Mittelamerika.

Staatssekretär a. D. Dr. Dernburg, Vorsitzender des Deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika: Der Vortragende des heutigen Abends ist in unserem Kreis kein Unbekannter, hat er uns doch vor nicht gar langer Frist einen sehr anregenden und belehrenden, allerdings auch sehr kontroversen Vortrag gehalten über die Theorie der W ä h r u n g. Heute wird Professor Liefmann sich über das Thema äußern, das er seit mehreren Jahrzehnten beackert und das nicht weniger strittig ist, nämlich über die Frage der Kartelle, besonders der Kartelle in und nach dem Kriege. Schon ehe dieser Weltkrieg ausgebrochen war, ist die Frage der großen Industriezusammenschlüsse, ihres Nutzens, Schadens und vielleicht ihrer Gefahr, in allen Ländern der Gegenwart nicht nur einer oberflächlichen Diskussion, sondern in manchen Staaten sogar der Gegenstand einer ziemlich ausgedehnten und nicht gerade freundlichen Gesetzgebung gewesen. Der Krieg hat trotz dieser Haltung der Öffentlichkeit immer mit der Naturnotwendigkeit, die bei ihm gerade das Zusammenfassen aller gleichgearteten Kräfte zu möglichst hohen Leistungen verlangt und andererseits der Unmöglichkeit, alle Zweige der nationalen Tätigkeit im gleichen Umfang weiter zu entwickeln und zu fördern, eine ungeheure, wenn auch jetzt noch nicht vollständig zu tage tretende weitere Ausdehnung des Kartellgedankens mit sich gebracht. Es sind wohl an hundert neue Kartelle in Deutschland allein in diesem Kriege entstanden, und deshalb ist es wohl der Mühe wert, die Frage aus so berufenem Munde entwickelt zu bekommen, damit man

sich ein Bild davon machen kann, wie denn vielleicht unser Wirtschaftsleben in Zukunft aussehen kann. Ich möchte eins vorausschicken: restlos wird auch Professor Liefmann diese Frage vermutlich nicht beantworten können. Hier kommt immer ein Faktor in Frage, der in allen solchen Dingen, wo es sich um die gute oder üble Anwendung einer Gewalt handelt, an erster Stelle steht: wer sind die Männer, die es machen, und in welchem Umfang sind sie sich der Verantwortlichkeit bewußt, die ihnen die Macht auferlegt, in welchem Umfang sind sie sozial gesinnt, um von dieser Verantwortlichkeit den richtigen Gebrauch zu machen? Davon hängt letzten Endes das Urteil über die ganze Frage ab. Wenn aber die Dinge an einzelnen Menschen hängen, dann wird man natürlich die verschiedensten Erfahrungen machen.

Diese Frage wollte ich von meinem Standpunkt aus einleitend Herrn Professor Liefmann mitgeben. Ich möchte ihn jetzt bitten, freundlichst mit seinem Vortrage beginnen zu wollen. — Die lebhafteste Beteiligung, die Sie hier finden, Herr Professor, beweist, in wie gutem Andenken Sie bei uns noch stehen und wie sehr das Thema, das Sie sich gewählt haben, uns interessiert.

Univ.-Prof. Dr. Robert Liefmann:

Seit einigen Jahrzehnten gehören die Kartelle zu den wichtigsten Erscheinungen im deutschen Wirtschaftsleben, und ihre Bedeutung ist noch ständig im Wachsen. Auch im Weltkriege haben diese Organisationen eine sehr bedeutende Rolle gespielt und ihre Bedeutung nach dem Kriege wird wahrscheinlich noch größer sein. Um es ganz kurz zusammenzufassen, haben sie im Kriege ohne Zweifel viel dazu beigetragen, daß sich unser Wirtschaftsleben so schnell den ganz neuen Anforderungen anpassen konnte, die die Kriegswirtschaft stellte, und sie werden höchstwahrscheinlich nach dem Kriege viel dazu beitragen, daß sich unser Wirtschaftsleben möglichst rasch wieder erholen wird und wir im Wirtschaftskampf mit unseren Gegnern unseren Platz behaupten können. Aber im Kriege sind auch die Gefahren, die mit diesen monopolistischen Organisationen verbunden sind, ohne Zweifel gewachsen, und voraussichtlich werden sie nach dem Kriege noch größer sein. Diese Gefahren bestehen darin, daß unter den Verhältnissen der Kriegswirtschaft in sehr viel größerem Umfang noch als früher die Möglichkeit vorhanden ist, durch monopolistische Organisationen die Nachfrage

auszubeuten oder das geringere Angebot, das Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage, das eben unter den Verhältnissen des Krieges besteht, auszunutzen. Und die vielleicht noch größere Gefahr nach dem Kriege würde darin bestehen, daß die Kartelle versuchen sollten, die hohen Preise der Kriegswirtschaft aufrechtzuerhalten.

Die verschiedenen Organisationen der deutschen Industrie, von denen die Kartelle nur die wichtigsten und bekanntesten sind, haben im Weltkrieg eine eigenartige Probe zu bestehen gehabt. Die Gewöhnung der Unternehmer an solche Organisationen, die Anpassungs- und Einordnungsfähigkeit der deutschen Unternehmer erwiesen sich dabei als großer Segen. Es ist durchaus verkehrt, wenn unsere Feinde behaupten, daß wir dies nur dem militärischen Drill verdankten; vielmehr handelt es sich gar nicht um die Einordnung in staatlich geschaffene Organisationen, sondern um das Zusammenfinden in freien, von den einzelnen selbst geschaffenen Einrichtungen, die sich nunmehr den neuen Bedürfnissen der Kriegswirtschaft anpassen mußten. Aber allerdings ist es wohl richtig, daß die jahrhundertelange Gewöhnung der deutschen Gewerbetreibenden an Zünfte, Innungen und Genossenschaften diese Einordnungs- und Anpassungsfähigkeit des deutschen Unternehmers gesteigert hat.

Es ist bekannt, daß wir zu Beginn des Krieges in wirtschaftlicher Hinsicht, wozu auch die Beschaffung von Kriegsmaterial aller Art gehört, keineswegs auf den Krieg vorbereitet waren. Hier wäre eine rasche Abhilfe und rasche Beschaffung des ungeheuren Heeresbedarfs aller Art ohne solche Organisationen der Industrie unmöglich gewesen. Hier halfen die engen Beziehungen der Unternehmer zueinander in Fachvereinen, Kartellen, Interessengemeinschaften viele Schwierigkeiten überwinden. Alle diese gemeinsamen Organisationen unterstützten und förderten den guten Willen des einzelnen, sein bestes für die rasche Beschaffung des Heeresbedarfs zu tun. Ohne die Syndikate, denen die Leistungsfähigkeit jedes einzelnen ihrer Mitglieder genau bekannt war, wäre die rasche Übernahme und schnelle Erledigung der ungeheuren Heeresaufträge, die plötzlich zusammenströmten, der Industrie unmöglich gewesen. Einige Beispiele: Die Kohlenbeschaffung für die Eisenbahnen, die Versorgung von Heer und Marine mit Benzol, die Bereitstellung der für die Kanonen- und Granatenfabrikation erforderlichen Stahlorten und noch zahllose andere Gegenstände

des außerordentlich gestiegenen Bedarfs, die der heutige Krieg erfordert und an deren Bereitstellung, mindestens in der genügenden Menge, niemand vor dem Krieg gedacht hatte. Daß dieser neuauftretende Bedarf, auch abgesehen von der Rohstoffknappheit, die bald eintrat, nur unter Gewährung höherer Gewinne beschafft und so schnell beschafft werden konnte, ist selbstverständlich. Die Preissteigerungen sind aber vielfach da, wo man sich nicht mit den Organisationen der ganzen Industrie in Verbindung setzte, sondern sich an einzelne Unternehmer oder besondere Vermittler glaubte wenden zu müssen, sehr viel höher gewesen, als bei den Kartellen. Es ist den Behörden nur vorzuwerfen, daß sie vielleicht nicht immer verstanden haben, gleich die Organisationen zu direkter Lieferung heranzuziehen, sondern vielfach, besonders im Anfang, die angebotenen Dienste gewandter Vermittler nicht entbehren zu können glaubten, die zwar oft rasche Lieferung durchsetzten, dafür aber auch außerordentliche Gewinne erzielten.

Bei der großen Preisrevolution, die der Weltkrieg herbeigeführt hat, gilt es viel mehr noch als in normalen Zeiten, daß es für die Abnehmer von sehr großem Wert ist, wenn sie durch die Kartelle alle auf eine gleiche Basis gestellt werden in bezug auf ihre *Kostenanschläge*. Es ist einer der Hauptvorteile der Kartelle, auch für die weiterarbeitenden Abnehmer und Händler, daß hierdurch die Kosten für alle Abnehmer gleich werden. Die Abnehmer und Weiterverarbeiter haben es dann auch viel leichter, sich den geänderten Wirtschaftsverhältnissen anzupassen. Es können alle drei Gruppen der Produzenten, Rohstoffproduzenten, Weiterverarbeiter und Händler, leichter zusammenwirken, und sie können dann auch mit der Regierung leichter zu einer Verständigung über die Preise gelangen.

Es ist sehr erklärlich und nicht zu leugnen, daß manche Kartelle sich erst während des Krieges für die Ausnutzung des plötzlich entstandenen Heeresbedarfs gebildet haben und daß hier und da, insbesondere von den sogenannten Submissionskartellen vielfach die günstige Gelegenheit ausgenutzt wurde, um *hohe Gewinne* für ihre Mitglieder zu erzielen. Auch mögen sich nicht selten heimliche Verbindungen aus Gewerbe- und Handeltreibenden gebildet haben, um aus der Warenknappheit und aus der Umwertung aller Werte, wie sie heute durch die allgemeinen Preisverschiebungen herbeigeführt ist, auch für ihr Gewerbe möglichst Nutzen zu ziehen. Aber mindestens für die großen und bekannten Kartelle, die ganze

Industriezweige umfassen, gilt doch, daß sie im allgemeinen maßvoll in ihren Preisfestsetzungen und Preisforderungen vorgegangen sind. Dabei muß ich allerdings betonen, daß es schon in normalen Zeiten außerordentlich schwierig ist, zu entscheiden, ob die Preisfestsetzung eines Kartells über das in den Wirtschaftsverhältnissen begründete Maß hinausgeht oder nicht; noch viel schwieriger ist das natürlich bei der im Kriege eintretenden allgemeinen Veränderung und Umwälzung aller Preise. Dafür möchte ich einige Zahlen anführen: das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, das einen Richtpreis von 11,25 M. zu Beginn des Krieges gehabt hat, hat ihn allmählich bis auf 17 M. in der Gegenwart erhöht. Das Spiritusyndikat ist vielleicht weniger maßvoll in seinen Preisfestsetzungen gewesen, aber es steht unter der Kontrolle der Reichsbranntweinstelle; der Preis für Prima-Sprit in Berlin betrug Mitte 1914 69 M. und war Mitte 1917 auf 230 M. gestiegen.

Die günstige Wirkung mancher Kartelle hat sich ferner darin geäußert, daß gewisse Rohstoffe, mit denen möglichst gespart werden mußte, nur in dem unbedingt notwendigen Umfang zur Verwendung kamen. Weiter haben die Kartelle auch die Zusammenlegungen von Betrieben erleichtert, um eine rationelle Produktion herbeizuführen. In manchen Industrien haben sie die einheitliche Organisation der Ausfuhr gefördert, die ebenfalls nötig war, weil bei der Ausfuhr die besonderen Absichten der Regierung, bestimmte politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte zu berücksichtigen waren. Die Kartelle haben vielfach dahin gewirkt, daß die Liquidation ausländischer Unternehmungen unter ihrer Mitwirkung erleichtert worden ist, und wo internationale Kartelle bestanden haben, da haben sich meist bei der Liquidation deutscher Unternehmungen im feindlichen Auslande geringere Verluste ergeben oder sich solche ganz vermeiden lassen. So zum Beispiel haben die Pulver- und Dynamitfabriken ein sehr fest organisiertes internationales Kartell gehabt, den Dynamittrust, der eine englische Gesellschaft war; aber die Hauptproduktionsstätten waren in Deutschland, während in England nur eine größere Fabrik bestand. Daher war es nicht schwierig, bald nach dem Ausbruch des Krieges zu einer Auseinandersetzung mit den englischen Kartellmitgliedern zu gelangen, wonach die Hamburger Fabrik die Anteile der deutschen Mitglieder übernahm, ein Verlust vermieden wurde, aber auch die Engländer nicht zu kurz gekommen sind.

Übrigens haben sich längst nicht alle Kartelle, an denen unsere Feinde beteiligt sind, aufgelöst. Eines der am festesten organisierten internationalen Kartelle, das der Spiegelglasindustrie, ist bestehen geblieben; es haben sich also auch solche Kartelle, an denen unsere Feinde beteiligt sind, nicht immer aufgelöst, aber natürlich sind sie, soweit unsere Gegner dabei in Betracht kommen, in ihrer Wirksamkeit beschränkt.

Zahlreiche Kartelle sind während des Krieges neu geschaffen worden, aber andererseits haben sich auch manche während des Krieges aufgelöst, denn die meisten Kartelle sind doch nur sehr lose Vereinigungen von kurzem Bestand, die jederzeit aufgelöst werden können; aber auch, wo festgeschlossene Syndikate bestehen, ist ihr Bestand doch keineswegs gesichert. Das war zum Beispiel nicht der Fall bei dem wichtigsten deutschen Kartell, dem Rheinisch-Westfälischen Kohlsyndikat. Dieses Vorbild aller Kartelle in der Montanindustrie, auf dessen Verhältnisse im Weltkriege ich etwas näher eingehen möchte, war in seinem weiteren Bestande seit langem auf das schwerste bedroht. Der Vertrag der Zechenbesitzer sollte im Jahre 1915 zu Ende gehen. Die Erneuerungsverhandlungen, die sich wegen der außerordentlich schwierigen Gegensätze zwischen den „reinen“ und den „Hüttenzechen“, d. h. denjenigen Zechen, die mit den großen Stahlwerken verbunden sind, lange hinzogen, wurden schon im Jahre 1911 begonnen. Unter der Begründung, daß ohne den preußischen Fiskus, als dem größten Außenseiter, eine Erneuerung des Syndikats nicht möglich sei, die Auflösung des Syndikats aber sowohl für den Fiskus, als auch für die ganze deutsche Volkswirtschaft sehr ungünstig wirken würde, gelang es dem Syndikat im Januar 1912, also schon vor dem Kriege, einen engeren Anschluß des preußischen Fiskus an das Syndikat herbeizuführen. Aber schon im Oktober desselben Jahres kündigte der preußische Handelsminister diesen Vertrag wieder, weil er die nochmalige erhebliche Preiserhöhung, die das Syndikat damals durchsetzte, nicht billigte. Seitdem wurden die Einigungsverhandlungen immer weitergeführt, mußten aber im Februar 1914 wegen des unüberbrückbaren Gegensatzes zwischen den reinen Zechen und den Hüttenzechen abgebrochen werden.

Dann kam im Sommer 1914 der Weltkrieg; er brachte zwar keine Verminderung der Gegensätze im Syndikat, aber in seinem Verlauf erkannte man immer deutlicher, was eine

gute Organisation des Bergbaues für die Kohlenversorgung der Bevölkerung unter den immer schwieriger werdenden Verhältnissen des Krieges bedeutete, daß sie aber auch eine unbedingte Notwendigkeit für die Deckung des soviel größeren Eisenbedarfs sei. Eine Auflösung des Syndikats, das sich für die zweckmäßige Verteilung der Produktion und des Absatzes in der Kriegszeit sehr bewährt hatte, mußte unter allen Umständen verhindert werden. Da dies aus dem freien Willen der Beteiligten wegen der inneren Gegensätze und wegen des Umstandes nicht möglich war, daß mehrere Mitglieder des Syndikats schon seit langem mit der Auflösung gerechnet und Vorsorge getroffen hatten, da also eine freiwillige Weiterführung des Syndikats nicht mit Sicherheit zu erwarten war, erließ die Regierung das Zwangssyndikatsgesetz vom 12. Juli 1915, das mit einer zwangsweisen Syndizierung des ganzen rheinisch-westfälischen Kohlenbergbaues drohte, wenn nicht das Syndikat bis zum 15. September 1915 zustande käme. (Das alte Syndikat wäre am 1. Oktober 1915 abgelaufen.) In letzter Stunde wurde unter diesem Druck das sogenannte Uebergangssyndikat abgeschlossen, dem der Fiskus mit seinen Ruhrzechen beitrug. Er behielt sich aber jederzeit den Austritt vor, was ihm die Möglichkeit gegeben hätte, ein Zwangssyndikat einzuführen. Ferner verlangte der Fiskus die Entscheidung in der Preisfrage, wenn eine Minderheit von mindestens 30% aller Stimmen ohne die des Fiskus für Herabsetzung der Preise oder gegen eine Erhöhung der Preise wäre. In diesem Uebergangssyndikat wurde auch der Selbstverbrauch der Hüttenzechen, der vorher frei gewesen war, was einen der hauptsächlichen Differenzpunkte gebildet hatte, kontingentiert und umlagepflichtig gemacht. Aber noch vor Ablauf dieser Vereinbarung, der am 31. März 1917 eintreten sollte, schon am 14. Oktober 1916, gelang der definitive Abschluß des Syndikatsvertrags unter Teilnahme aller Ruhrzechen, einschließlich der fiskalischen, bis zum 1. April 1922. An diesem Syndikat nehmen 93 Bergwerksverwaltungen teil, darunter 18 Hüttenzechen, bezw. solche mit eigenem Verbrauch.

Auch andere große Kartelle, vor allem der Stahlwerksverband, sind während des Krieges verlängert worden. Man erkannte eben immer mehr die Gefahren, die entstehen würden, wenn diese großen und wichtigen Kartelle sich auflösten und ein allgemeiner Konkurrenzkampf eintreten würde. Aber wie gesagt, liegt hier auch die Gefahr der Kartelle nach dem Kriege, wenn sie

dahin wirken wollten, die hohen Preise der Kriegszeit aufrecht zu erhalten oder gar noch weiter zu erhöhen. Die Notwendigkeit, nach dem Kriege wieder zu niedrigeren Preisen zu kommen, wird heute noch meist verkannt, es ist aber ohne Zweifel eine der wichtigsten Aufgaben, ja wahrscheinlich die wichtigste Aufgabe der sogenannten Uebergangswirtschaft, nach dem Kriege wieder für Preisherabsetzungen zu sorgen. Man ist sich eben vielfach noch nicht klar, auf welchen fiktiven Grundlagen die heutige gewaltige Steigerung der Preise und der Einkommen beruht, eine Steigerung, die sich vollzieht, während tatsächlich der vorhandene wirkliche Wert des Volksvermögens natürlich stark beeinträchtigt ist und ungeheure Werte im Kriege verloren gegangen sind. Diese starke Steigerung der Preise und Einkommen ist natürlich die Folge des plötzlichen Auftretens eines ungeheuren Staatsbedarfs, der unter allen Umständen befriedigt werden sollte und wofür sich der Staat im Wege der Anleihen und der Kreditanspannung die Mittel schaffte; ferner die Folge davon, daß die Militärverwaltung häufig nicht genügend kaufmännisch rechnete, übermäßige Preise bewilligte, eine Folge weiter der allgemeinen Warenknappheit, woran eine große Spekulation angeschlossen, und endlich die Folge der Inflation, d. h. einer übermäßigen Geldvermehrung, einer übermäßigen Inanspruchnahme der Notenbanken. Wie ich im vorigen Jahre Gelegenheit hatte, Ihnen auseinanderzusetzen ¹⁾, handelt es sich da keineswegs nur um die Vermehrung der realen Zahlungsmittel, der Banknoten und Darlehnskassenscheine usw., sondern es gibt auch eine Giroinflation; allein durch Übertragung von Kredit von der Reichsbank auf das Reich im Girowege kann die Inflation herbeigeführt werden, wenn diese Geldvermehrung im weitesten Sinne nicht im Zusammenhang steht mit den im Tauschverkehr entstandenen Erträgen ²⁾.

Ich habe in meinem Vortrage im vorigen Jahr auseinandergesetzt, daß die hohen Preise im Inlande auch mit schuld sind am Sinken unserer Valuta im Auslande. Dieser Gesichtspunkt gewinnt immer größere Bedeutung und wird immer mehr anerkannt. Es ist keineswegs richtig, daß der ungünstige Stand unserer Valuta nur auf einem Mehr an Einfuhr gegenüber der

¹⁾ Vgl. Heft 1 der „Veröffentlichungen des Deutschen Wirtschaftsverbandes für Süd- und Mittelamerika“ S. 45 ff.

²⁾ S. darüber meine Schrift „Die Geldvermehrung im Weltkriege und die Beseitigung ihrer Folgen“, Stuttgart 1918.

Ausfuhr beruht, sondern, wenn auch gar nichts ein- und ausgeführt würde und nur das Ausland Forderungen an uns hätte, so müßte unsere Valuta im Ausland gering bewertet werden, weil man auf Grund der hohen Preise im Inland mit der deutschen Mark so wenig kaufen konnte. Das Ausland hatte nun aber von jeher Forderungen an uns, weil wir unseren Kredit im Auslande immer stark angespannt haben; zum Beispiel haben Holland und die Schweiz aus ihrem Besitz an deutschen Effekten oder aus Hypotheken Forderungen an Deutschland. Infolgedessen hängt der ungünstige Stand unserer Valuta mit den hohen inländischen Preisen auf das engste zusammen. Darum ist es eine der wichtigsten Aufgaben der Übergangswirtschaft, aus diesen hohen Preisen heraus und zu niedrigeren Preisen zu kommen. Die Erfüllung dieser Aufgabe ist noch kaum in Angriff genommen worden.

Ich kann natürlich auf all das, was damit im Zusammenhang steht, wie man zu billigeren Preisen gelangen kann, nicht eingehen, aber erwähnen muß ich, daß die Kartelle dabei eine wichtige Rolle spielen, insofern, als sie bestrebt sein könnten, die hohen Preise der Kriegswirtschaft aufrecht zu erhalten. Das gilt aber, wie ausdrücklich zu betonen ist, keineswegs nur für Kartelle der Unternehmer, sondern genau in dem gleichen Umfang für die Gewerksvereine der Arbeiter, die ebenso bestrebt sein könnten und vielfach bestrebt sein werden, die hohen Löhne der Jetztzeit aufrecht zu erhalten.

Die Herabsetzung der hohen Preise ist aber besonders wichtig auch für die Wiederaufnahme unseres Exports. Aus all diesen Gründen wird ein Kartellgesetz nach dem Kriege von sehr viel größerer Bedeutung sein, als das vorher der Fall war. Es hätte aber keine allgemeinen juristischen Normen zu schaffen, etwa die Kartelle in bestimmte Rechtsformen hineinzupressen, sondern vor allem für bessere Aufsicht über die Kartelle zu sorgen, also Kontrollmaßnahmen zu schaffen, z. B. daß die Kartelle veranlaßt würden, in regelmäßigen Zeitabschnitten Berichte über ihre Lage einzureichen, was für die Beurteilung der ganzen Konjunktur von großer Wichtigkeit sein kann. Ferner aber müßte durch ein Kartellgesetz für den Notfall auch die Möglichkeit staatlichen Eingriffs in die Preisgestaltung geschaffen werden. Dafür habe ich seit vielen Jahren die Schaffung von Preisregulungskommissionen vorgeschlagen, denn diese Preise könnten natürlich nicht einseitig von der Regierung festgesetzt werden,

sondern nur von einer Kommission aus den Beteiligten selbst, aus den kartellierten Unternehmern, etwaigen Außenstehenden, den Händlern und auch den Konsumenten, aus allen Beteiligten also, die im Notfall auf Preisherabsetzung hinwirken müßten. Für alle diese Organisationen wird wohl die Schaffung eines Reichskartellamts in Angliederung an das Reichswirtschaftsamt nötig sein.

Im Anschluß daran möchte ich erwähnen, daß natürlich eines der wichtigsten Mittel, um übermäßige Preise der Kartelle zu verhindern, die Zollpolitik und Zollmaßnahmen sind. Da aber über unsere zukünftige Zollpolitik noch gar nichts gesagt und namentlich noch gar nicht erkannt werden kann, welche Wirkung gleich nach Schluß des Krieges Zölle überhaupt haben werden, ob sie angesichts der Warenknappheit auf dem Weltmarkt überhaupt eine Wirkung haben werden, will ich auf diese Frage nicht näher eingehen, ich kann ja hier überhaupt nicht auf die gesamte Regelung des Kartellwesens eingehen, sondern nur auf die besonderen Verhältnisse, die sich aus dem Weltkrieg ergeben. Daher will ich Fragen der Zollpolitik nur insoweit behandeln, als sie die Erörterung des engeren Zusammenschlusses von Deutschland mit Österreich-Ungarn und unseren sonstigen Verbündeten im Kriege streifen. Auch hier hat man den Kartellen eine nicht unerhebliche Rolle zugedacht. Man hat darauf hingewiesen, daß zwischenstaatliche Syndikate zum Ausgleich der verschiedenen Konkurrenzfähigkeit der Industrie in Deutschland und Österreich-Ungarn dienen könnten für diejenigen Industrien, in denen die Verschiedenheit der Konkurrenzfähigkeit nicht allein durch die Zollpolitik ausgeglichen werden könnte. Oder, wenn wir zu einer vollkommenen Zollfreiheit zwischen beiden Ländern kommen sollten, wäre es möglich, die verschiedene Konkurrenzfähigkeit der Industrie in Deutschland und Österreich-Ungarn auszugleichen durch gemeinsame Kartelle, welche eben der schwächeren Industrie des einen Landes gewisse Vorteile gegenüber der des anderen ermöglichen. Damit könnte ohne Zweifel unter Umständen die Gefahr einer einseitigen Überlegenheit der Industrie des einen Landes vermieden werden. Es ist sehr zu hoffen, daß wir zu einem solchen engeren Zusammenschluß in irgend einer Form kommen. Es wird wohl auch in einem derartigen Fall möglich sein, da wir ja jetzt schon eine ganze Reihe von Kartellen mit Österreich-Ungarn haben, event. den schwächeren Konkurrenten dabei zu begünstigen und einen Aus-

gleich herbeizuführen. Ich glaube aber doch, daß Naumann die prinzipielle Bedeutung einer solchen Annäherung für die ganze Wirtschaftsordnung, insbesondere die allgemeine Anwendbarkeit dieser Maßregeln für alle Industrien überschätzt. Immerhin wird ein engerer Zusammenhang der deutschen und der österreichisch-ungarischen Industrie mit Kartellen, Interessengemeinschaften und ähnlichen Organisationen für die Frage der gemeinsamen Ausfuhrpolitik nach dritten Märkten eine Rolle spielen, und man sollte nicht unterlassen, auf diese Dinge hinzuwirken. —

Fragen wir uns nun, was bisher während des Weltkrieges an Eingriffen des Staates in die Kartelle geschehen ist. Die Verhältnisse im rheinischen Kohlenbergbau habe ich schon erwähnt. Die erste Maßregel im Weltkrieg gegenüber Kartellen betraf die Textilindustrie, und zwar das Verhältnis der Textilkartelle, der Produzentenkartelle zu den Abnehmern. In der Textilindustrie hatten sich in den letzten Jahrzehnten vor dem Kriege in langen Kämpfen mancherlei Vereinbarungen der Produzenten mit den Abnehmern, vor allem mit den Händlern über die sogenannten Konditionen herausgebildet, die die oft sehr ungünstigen Konditionen in dieser Industrie im Interesse beider Gruppen erheblich verbessert hatten. Als der Krieg ausbrach, hofften viele Abnehmer auf ein Moratorium und verlangten daher von den Fabrikanten des Kartells weitgehende Lösung aus den früher übernommenen Verpflichtungen. Die Textilkartelle andererseits haben es vielfach an dem notwendigen Entgegenkommen gegenüber den Abnehmern und an der Berücksichtigung der besonderen durch den Krieg geschaffenen Verhältnisse fehlen lassen, ja in einzelnen Fällen die Bedingungen für die Abnehmer noch verschärft. Ich glaube, daß diese Darstellung — ganz kurz natürlich — den Standpunkt der beiden Interessengruppen unparteiisch wiedergibt. Der preußische Handelsminister rief noch im August 1914 die Beteiligten zusammen und verlangte von den Textilkartellen erstens, daß ihre Bedingungen während des Krieges nicht verschärft werden dürfen, zweitens, die Bestimmungen außer Kraft zu setzen, welche Mitglieder hindern, mit einzelnen Abnehmern eine Wandlung ihrer Aufträge oder einen Zahlungsaufschub zu vereinbaren, drittens, vertrauenswürdigen Abnehmern überhaupt möglichstes Entgegenkommen zu beweisen. Im Falle der Ablehnung dieser Verständigung sei eine gesetzliche Regelung zu erwarten. In längeren Verhandlungen der beteiligten Gruppen wurde schließ-

lich eine Verständigung erzielt, die Regierungsgrundsätze wurden im wesentlichen angenommen und den neuen Vereinbarungen zugrunde gelegt. Dadurch wurde ein weiteres Eingreifen der Regierung vermieden, dessen Form übrigens sehr zweifelhaft gewesen wäre; es wäre ganz unmöglich gewesen, die außerordentlich verschiedenartigen Vereinbarungen der Textilkartelle mit den verschiedenen Abnehmervereinigungen alle über denselben Leisten zu schlagen.

In vielen Fällen hat sich der Staat erst spät der Unternehmervereinigungen erinnert und sie dann erst zu Lieferungen herangezogen. Aber darüber hinaus hat er, nach dem Vorbild der Kaliindustrie, in verschiedenen Gewerben Zwangssyndikate geschaffen, und diese spielen heute eine große Rolle. Das Zwangssyndikat der Kaliindustrie von 1910 war aber auch keineswegs das erste, das überhaupt irgendwo geschaffen wurde, denn schon früher hatte zum Beispiel die russische Regierung für die Zuckerindustrie, die rumänische für die Petroleumindustrie und die italienische für die sizilianische Schwefelindustrie solche Zwangskartelle geschaffen. Im Weltkrieg ging man zu solchen Gründungen über, vor allem aus der Erkenntnis heraus, daß eine Auflösung der Kartelle und Eintritt ungezügelter Konkurrenz sehr unerwünscht sei, vor allem eine sparsame Verwendung von Material und Arbeitskräften unmöglich wäre, wenn freie Konkurrenz einträte, und daß man also die Organisationen unter allen Umständen beibehalten oder neu schaffen müsse. So ist die Regierung zu der Drohung mit dem Zwangssyndikatgesetz für die Kohlenindustrie gekommen, das ich schon erwähnt habe. Der Staat fürchtete eben mit Recht, daß beim Auseinanderfallen des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats die zweckmäßige und gleichmäßige Versorgung der Verbraucher und die einheitliche Regelung der Ausfuhr nicht möglich sein werde. Die bloße Festsetzung von Höchstpreisen, die ja auch auf anderen Gebieten vielfach versagt hat, hätte da keinesfalls genügt.

So erfolgt heutzutage bei einer ganzen Reihe von Kartellen die Organisation des Absatzes in engster Verbindung mit der Regierung bzw. mit einem für die betreffende Ware geschaffenen Kriegsamt. Kartell und Kriegsamt wirken eng zusammen. Die Spirituszentrale übt ihre Tätigkeit im engsten Anschluß an die Reichsbranntweinstelle aus, das heißt, die Spirituszentrale ist für die Reichsbranntweinstelle und unter ihrer Leitung für die Beschaffung und den Verkauf von Spiritus tätig. Jetzt ist ja im Anschluß hieran

das Handelsmonopol für Spiritus geplant, welches auch diese Organisation benutzt; es wird eine sogenannte „Geschäftsstelle“ als G. m. b. H. geschaffen und ein „Monopolamt“ als Verwaltungsbehörde, und es scheint mir dieses Zusammenwirken ganz zweckmäßig, um das Handelsmonopol herbeizuführen. Eine andere Frage ist es, ob das Spiritusmonopol überhaupt nötig ist und ob nicht im Wege der Besteuerung ebenso große Beträge für das Reich aufzubringen sein könnten; jedoch will ich darüber nicht sprechen. Ein Vorteil, der durch das Handelsmonopol jedenfalls erreicht werden könnte, wäre die Verminderung des Konsums, die durch eine Steuer allein kaum zu erzielen sein würde.

In einer großen Zahl von Kartellen, zum Beispiel der Brauereien, der Braunkohlenwerke, verschiedener Zweige der Textilindustrie, sind die beschlossenen Preiserhöhungen der Kartelle von der Bewilligung durch das Kriegsamt oder Reichsamt des Innern, bezw. das preußische Handelsministerium abhängig. Wirkliche Zwangssyndikate sind im Kriege vor allem in der Schuhwaren- und in der Seifenindustrie geschaffen worden. Für erstere wurden durch Verordnung vom 17. März 1917 Herstellungs- und Vertriebsgesellschaften errichtet, die den vorhandenen Rohstoff und die Aufträge der Konsumenten an die Produzenten verteilen. Die Zahl der Produzenten ist sehr vermindert worden. Statt in etwa 500 Fabriken wird nur in einigen wenigen produziert, alle übrigen sind stillgelegt und werden aus dem Gewinn entschädigt. Die Verteilung der Aufträge und Rohstoffe geschieht nach den Weisungen des Überwachungsausschusses der Schuhindustrie, dessen 25 Mitglieder vom Reichskanzler ernannt werden. Die Verordnung vom 9. Juli 1917 hat eine ähnliche Organisation auch für die Seifenindustrie geschaffen. Ein richtiges Zwangssyndikat nach dem Vorbild des Kalisyndikats in einer bisher noch nicht kartellierten Industrie ist zum Beispiel in der Dörrgemüseindustrie geschaffen worden. Unter der Führung des Kriegsernährungsamtes wurde eine Kriegsgesellschaft für Dörrgemüse m. b. H. gebildet; nur einzelne Verbände von Fabrikanten, wie auch die Stadtgemeinde Berlin als Vertreterin der Gemeinden mit eigenen Trocknungsanlagen, nehmen an der Gesellschaft teil. Auch hier wurde die Gesamtproduktion, bezw. das Material kontingiert, und ein Reichskommissar wirkt hierbei und bei der Festsetzung der Höchstpreise für Dörrgemüse mit. In vielen anderen Fällen ist von der Einführung von Zwangssyndikaten die Rede ge-

wesen, ohne daß es wirklich dazu gekommen ist, so vor allem in der Lederindustrie und in der Brauereiindustrie.

Besonders ist noch auf die Verhältnisse in der Zementindustrie einzugehen. Durch die Bundesratsverordnung vom 29. Juni 1916 wurden Beschränkungen für den Abschluß von Lieferungsverträgen über Zement bestimmt, vor allem wurde die Errichtung neuer und die Erwerbung bestehender Anlagen zur Herstellung von Zement verboten. Zur Durchführung wurde eine Reichszementstelle in Berlin errichtet. Diese Maßnahme bezweckte, einer weiteren Zunahme der in dieser Industrie schon vorhandenen starken Überkapitalisation vorzubeugen, indem die Gründung neuer Zementwerke verhindert, andererseits der Zusammenhalt der verschiedenen deutschen Zementkartelle, die an jener Überkapitalisation stark mit-schuldig sind, erleichtert wurde. Dieser Zweck wurde erreicht. Die Zementkartelle, die sich sonst aufgelöst hätten, blieben zumeist bestehen, es sind auch Versuche zur Gründung eines allgemeinen deutschen Zementkartells gemacht worden, doch ist es bisher nur zu einem losen „Zementbund“ gekommen, der alle deutschen Zementwerke umfaßt und unter der Leitung der Reichszementstelle steht. Für diese Industrie ist die Errichtung neuer Werke auf 5 Jahre verboten und damit wenigstens ein Anfang gemacht, die übermäßige Überkapitalisation und weitere Kapitalinvestitionen zu verhindern.

Eine ähnliche Regelung ist für den Graphitbergbau geschaffen, eine Art Zwangssyndikat, um Preisspekulationen, die sich an die Graphitbergwerke anknüpfen, entgegenzuarbeiten.

Im allgemeinen kann beobachtet werden, daß manche Industrien eine Zwangskartellierung nicht ungerne sehen, weil unter allen Umständen durch die damit verbundene Rationierung und Kontingentierung der Produktion, der Rohstoffversorgung oder des Absatzes für die Zukunft der Zusammenschluß erleichtert würde. Die Bildung von Kartellen wird zweifellos sehr erleichtert, wenn eine solche Rationierung und Kontingentierung stattfindet, wie wir beim Spiritus und beim Zucker gesehen haben, wo sich die Kartelle zuerst an die durch die Steuergesetzgebung geschaffene Kontingentierung anschlossen. Darin liegt aber auch das Gefährliche dieser Entwicklung, dem der Staat nur dadurch entgegenwirken kann, daß er diese Kartelle dauernd überwacht, den Abnehmern bei der Preisfestsetzung gewisse Rechte einräumt und sie überhaupt mit ihren Wünschen genügend zu Gehör kommen läßt.

Von der Frage der Zulässigkeit solcher weitgehenden Eingriffe, die auf Grund des sogenannten Ermächtigungsgesetzes vom 4. August 1914 im Wege bloßer Verordnungen, also ohne Mitwirkung des Reichstages und ohne Begründung nach freiem Ermessen der Verwaltungsbehörden erfolgten, will ich nicht sprechen. Diese Frage wurde viel erörtert, weil ein Teil dieser Regelung mit dem Kriege ja nur indirekt zu tun hat und andererseits manche dieser Organisationen ohne Zweifel über die Kriegsdauer hinaus bestehen bleiben werden. Auch die halb juristische, halb ökonomische Frage, ob ein solches Zwangssyndikat als ein Kartell anzusehen ist, sei hier nicht weiter erörtert. Wenn an eine Zwangsinnung sich Preisvereinbarungen anschließen, die zwar nach § 100q der Gewerbeordnung verboten sind, aber doch häufig vorkommen, so kann man darin wohl ein Kartell erblicken. Denn sie sind freie vertragsmäßige Vereinbarungen mit monopolistischem Zweck, wenn auch die Grundlage, die Zwangsinnung, keine freiwillige war. Wo aber Preise von Staats wegen festgesetzt werden, wie in den heutigen Zwangssyndikaten, da bezieht sich das Vertragsmäßige eigentlich nur auf die Quotenverteilung unter den Mitgliedern, also auf eine rein interne Angelegenheit. Je mehr durch staatliche Regelung sowohl der Organisation, als auch der wirtschaftlichen Betätigung in einem solchen Zwangssyndikat die freie Vereinbarung ausgeschaltet ist, um so mehr verliert eine solche Organisation ihren privatrechtlichen Charakter und wird zu einer öffentlich rechtlichen Institution.

Die Notwendigkeit nun, während des Weltkrieges solche weitgehende Eingriffe in manchen Industrien vorzunehmen, sei es, um unwirtschaftliche Konkurrenz zu verhindern, sei es, um auf diese Weise die Unternehmer unter ihrer eigenen Mitwirkung zur Erfüllung wichtiger Aufgaben für den Staat heranzuziehen, kann nicht bezweifelt werden. Solche Zwangsorganisationen waren unter den gegebenen Verhältnissen vor allem nötig, um eine rationellere Produktion herbeizuführen, die frühere Überkapitalisation und ungenügende unwirtschaftliche Kapitalausnutzung zu verhindern. Ebenso wie auf anderen Gebieten, zum Beispiel bei Arbeitsleistungen, oder bei den liberalen Berufen, kann auch nicht jeder Unternehmer damit rechnen, seine Tätigkeit einfach nach dem Kriege in derselben Weise wieder aufzunehmen, wo er 1914 aufgehört hat. Eine Zusammenlegung vieler überflüssiger Betriebe wäre zweifellos sehr erwünscht. Die Verwendung der Produktionsmittel und Arbeitskräfte an der Stelle, wo sie am zweck-

mäßigsten sind, kurzweg die Ökonomisierung der ganzen Volkswirtschaft, gewinnt nach dem Kriege sehr viel größere Bedeutung. Rationierung und Zwangsverteilungen sind dabei unvermeidlich. Aber es muß auf das Strengste dafür gesorgt werden, daß bei solchen Rationierungen und Gewinnverteilungen nicht einzelne Interessen besonders berücksichtigt werden, sondern daß die verschiedenartigen Interessen in gerechter Weise gegeneinander abgewogen werden.

Es ist auch damit zu rechnen, daß manche dieser Maßregeln auch nach dem Kriege zunächst noch aufrecht erhalten werden müssen, weil die Beschränkung der Einfuhr oder die Überleitung in die Friedensproduktion eine einheitliche Organisation und ihre staatliche Überwachung auch noch auf einige Zeit nach dem Kriege notwendig macht. Im allgemeinen jedoch kann man sagen, daß die Zwangssyndizierung und überhaupt die staatliche Organisation der Gewerbe nicht den Prinzipien der heutigen Volkswirtschaft entspricht, wie sie auch nach dem Kriege ihre Geltung behalten werden. Schon deswegen nicht, weil jedes verliehene Monopol, wenn wir von den Patenten absehen, die ja auch immer zeitlich begrenzt sind, auch eine staatliche Regelung der Preisfestsetzungen erfordert. Es gibt kein verliehenes Monopol, auch kein Zwangssyndikat, ohne daß der Staat Einfluß auf die Preisfestsetzung erhält, und diese Eingriffe in die Preisfestsetzung sind ein Gebiet, auf das sich der Staat — wie man auch im Kriege gelernt haben dürfte — nur in Notfällen einlassen sollte. Deshalb glaube ich auch nicht, daß die jetzigen Kriegsgesellschaften oder ihre Umbildung in gemeinwirtschaftliche oder gemischtwirtschaftliche Unternehmungen für die Zukunft größere Bedeutung für die Organisation unseres Wirtschaftslebens behalten werden, wie das von mancher Seite behauptet wird. Entstehen private Monopole, so wird der Staat ihren Eingriff in die Preisbildung unter Umständen nicht ohne Regelung lassen dürfen. Aber solche Privatmonopole von sich aus selbst zu schaffen, dazu hat der Staat keine Veranlassung, da er damit den Wettbewerb als regelndes Prinzip der auf dem Ertragsstreben beruhenden Wirtschaftsordnung ausschaltet.

Deshalb meine ich und betone seit Jahren, daß der Staat sich an Kartellen nicht mit eigenen Unternehmungen beteiligen sollte, wie das beim Kalisyndikat und beim Kohlensyndikat geschehen ist; das hat immer zu ungünstigen Verhältnissen geführt und bringt den Staat in einen Konflikt der Pflichten. Einerseits soll er die Interessen der Allgemeinheit wahren, die durch Monopole geschädigt

werden, andererseits ist er an hohen Preisen als Teilnehmer des Monopols selbst interessiert. Das ist unter allen Umständen gefährlich. Also der Staat sollte solche Monopolbildungen nicht selber schaffen und davon, scheint mir, kann in normalen Zeiten — vom Kriege abgesehen und von der Zeit unmittelbar nach dem Kriege — nur dann eine Ausnahme gemacht werden, wenn der Gedanke verwirklicht werden sollte, die Kartelle für die Zwecke der Besteuerung heranzuziehen. Der ungeheure Finanzbedarf nach dem Kriege verlangt eben so gebieterisch die Erschließung neuer Einnahmequellen, daß demgegenüber die bisherigen Ansichten über Besteuerungsmöglichkeiten nicht immer beibehalten werden können und der Staat da vor neuen Wegen und Mitteln nicht zurückschrecken darf. Daher ist der Gedanke, die durch die Kartellbildung zweifellos gestiegene Leistungsfähigkeit zahlreicher Gewerbe oder doch die darin liegende einheitliche Organisation für die Besteuerung nutzbar zu machen, nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen. Ersteres, die Nutzbarmachung der gestiegenen Leistungsfähigkeit, würde auf eine direkte Besteuerung, letzteres, die Nutzbarmachung der Organisation, auf eine Heranziehung zur indirekten Besteuerung hinauslaufen. In beiden Fällen läge der Grund zur Benutzung der Kartelle vorwiegend in ihrer Fähigkeit, ihnen auferlegte Lasten unter ihren Mitgliedern nach Maßgabe der Leistungsfähigkeit zu verteilen. Die früher häufigen, seither meist verlassenen Repartitionssteuern würden daher in neuer Form wieder aufleben, und es ist kein Zweifel, daß der enge Zusammenschluß einer Industrie in einem Kartell es in besonderer Weise ermöglicht, die Repartierung einer Steuer nach der wirklichen Leistungsfähigkeit der Mitglieder vorzunehmen. Die Steuer wäre dann eine Art Reichsgewerbsteuer auf kartellierte Unternehmungszeige. Aber natürlich könnte nicht jedes lose Kartell auf diese Weise herangezogen werden, denn die Besteuerung müßte ja aufhören, wenn dieses Kartell sich auflöst, sondern das ist nur denkbar bei Zwangssyndikaten unter Mitwirkung des Staates und käme nur bei einigen besonderen Industrien in Betracht. Eine Einwirkung auf die Preisgestaltung wird der Staat dabei nicht umgehen können.

Wegen der Möglichkeit der Abwälzung würden solche Steuern schließlich doch immer auf eine Belastung der Konsumenten hinauskommen, also immer eine indirekte Besteuerung sein. Für eine Weiterbildung der Aufwandsbesteuerung scheint mir auch der Gedanke einer Heranziehung der Kartelle und event. die Bildung

steuerlicher Zwangskartelle schon viel aussichtsreicher. Es ist gar kein Zweifel, daß eine ganze Reihe von Luxusgütern auf diese Weise höher besteuert werden könnten als es sonst der Fall wäre, indem man die Organisationen der Produzenten und Händler heranzieht. Nun wird ja an derartige Steuern kaum gedacht; wie ich höre, hat man im Reichsschatzamt lange an eine Quittungssteuer gedacht, welche bei Luxusgegenständen bis zu 20% gehen sollte, man ist aber davon abgekommen wegen der Gefahr der Hinterziehung. Jetzt aber ist eine Warenumsatzsteuer vorgelegt, welche auf den Luxus im weitesten Sinne gelegt werden soll; höchst wahrscheinlich wird diese Steuer in der Richtung einer weiteren Konzentration der Industrie, also wieder im Sinne der Förderung der Kartelle, wirken. Für die großen Verbrauchssteuern wäre ja, wie schon gesagt, statt eines reinen staatlichen Handelsmonopols auch eine Kombination der staatlichen Monopolorganisation mit den privaten Kartellen möglich, wie wir sie in dem geplanten Branntweinmonopol auch sehen.

Die im Weltkriege außerordentlich gesteigerte wirtschaftliche Machtsphäre des Staates, seine scharfen Eingriffe in zahlreiche Wirtschaftszweige, haben nun aber dem seit langem schon sehr verbreiteten Gedanken einer allgemeinen Verstaatlichung der Industrie neue Nahrung gegeben. Auch als Maßnahme gegenüber den Kartellen und Trusts ist ja die Verstaatlichung seit langem vorgeschlagen und jetzt wieder besonders in den Vordergrund gerückt worden. Die Auffassung, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel das Endziel der ganzen heutigen wirtschaftlichen Entwicklung sei, ist durch den Sozialismus so allgemein verbreitet worden, daß auch sehr vielen bürgerlichen Nationalökonomien die modernen Privatmonopolbildungen nur als Zwischenstufe, als Vorläufer dieser von vielen als ein Ideal angesehenen Organisation erscheinen. Namentlich auf dem Gebiet des Bergbaues, des Kali- und Kohlenbergbaues, ist die Verstaatlichung der Gesamtproduktion oft gefordert worden, hier bestehen ja auch besonders fest organisierte Kartelle. Dieser Gedanke ist seit langem sehr populär, aber ich glaube, daß die oft ausgesprochene Hoffnung, auf diesem Wege zu billigeren Preisen zu kommen, eine Täuschung ist. Für den Kalibergbau dürfte die Gesamtverstaatlichung der heute vorhandenen Werke kaum in Betracht kommen wegen ihrer außerordentlich großen Zahl; die günstige Zeit dafür ist verpaßt, sie lag etwa um

die Jahrhundertwende. 1898 bestanden zehn Kaliwerke, 1901 waren es zwanzig, 1908 bereits fünfzig, und als 1910 das Zwangssyndikat geschaffen wurde, hatte ihre Zahl 67 erreicht — trotz des Syndikats oder eigentlich infolge des Syndikats, weil das Zwangssyndikat nicht genügend tat, um das Entstehen neuer Werke zu verhindern. Die Zahl stieg weiter auf 167 im Jahre 1913 und auf 207 im Jahre 1916 und die Gründung neuer Werke geht noch immer weiter. Was sollte der Staat mit dieser ungeheuren Zahl von Werken anfangen, wenn er sie alle aufkaufen wollte!

Im Kohlenbergbau würde die Verstaatlichung sehr große Mittel erfordern, eben wegen der Verbindung vieler Kohlenzechen mit Hüttenwerken. Die Aufbringung dieser Mittel würde nur im Wege der Anleihe möglich sein, und es wäre sehr bedenklich, neben den großen Kriegsanleihen für diesen Zweck noch eine große Anleihe aufzunehmen. Auch könnte der Staat mit einer Verzinsung des erforderlichen Kapitals nur rechnen, wenn der gesamte Kohlenbergbau verstaatlicht würde. Würde der Staat aber nur einige Zechen erwerben, so müßte er immer mit dem Außenbleiben einzelner Zechen rechnen und mit dem Eintreten einer Konkurrenz, so daß seine teuer gekauften Werke nicht verdienen würden.

Die Überführung der Produktionsmittel in öffentlichen Besitz scheint mir nützlich, oder notwendig sogar, nur bei den wirklich vollkommenen natürlichen Monopolen, zum Beispiel bei dem Bauland in der Nähe der Großstädte. Hier erscheint es zweckmäßig, die Gewinne, die sich aus dem Anwachsen der Bevölkerung ergeben, der Allgemeinheit zuzuführen. Sonst ist der staatliche Besitz an Produktionsmitteln natürlich nicht in allen Fällen schädlich, aber meist wird es möglich sein, die private Monopolbildung so zu regeln, daß die Allgemeininteressen gewahrt sind und an eine Verstaatlichung nicht gedacht zu werden braucht. Der Bergbau ist unter den heutigen Verhältnissen jedenfalls kein natürliches Monopol. Hier ist immer noch eine weitere Steigerung der Produktion möglich; sie ist zwar nicht beliebig vermehrbar, aber die heutige Organisation des Bergbaues im Syndikat ist künstlich.

Im Notfall sind staatliche Preisfestsetzungen unter Mitwirkung der Beteiligten immer noch ein einfacheres Mittel als Verstaatlichung, um der Gefahr einer Ausbeutung durch das Monopol entgegenzuwirken. Daher kann ich mich der Ansicht nicht anschließen, daß die Verstaatlichung der Produktionsmittel das letzte Ziel der Kartelle und Trusts sei. Aber für eine große Anzahl Leute

gilt es als ausgemacht, daß die weitere Entwicklung im Sinne der Theorien des Sozialismus, der Marx'schen Ideen sich vollziehen werde. Zwar wird die Verelendungstheorie nicht mehr allgemein vertreten, daß nämlich die Lage der Arbeiter immer ungünstiger werde, was zur sozialen Revolution führen müsse — aber die Akkumulations- und Konzentrationstheorie des Sozialismus finden viele in der Entwicklung der Kartelle und Trusts bestätigt. Ich könnte aber in der allgemeinen Verstaatlichung der Produktionsmittel weder einen Fortschritt in kultureller und wirtschaftlicher Richtung erblicken, noch glaube ich, daß die Entwicklung sich so vollziehen wird. Unternehmungsgeist und technischer Fortschritt sind an das Privateigentum geknüpft. Und wer in die Kartelle und Trusts hineinschaut, erkennt, welche große Rolle immer noch einzelne Persönlichkeiten, organisatorische Talente spielen und wieviel auf den Unternehmungsgeist des einzelnen ankommt. Das Vorhandensein und die Organisation ganzer Industrien sind oft auf einzelne Persönlichkeiten zurückzuführen.

Nach dem Kriege bedürfen wir aber zweifellos mehr als je der wirtschaftlichen Energie des einzelnen privaten Unternehmers, um uns in dem schweren Wirtschaftskampf zu behaupten. Das private Ertragsstreben ist eben heute noch das Organisationsprinzip des Tauschverkehrs; es ist noch kein anderes gefunden worden, welches in gleicher Weise eine vervollkommnete und sich immer noch steigernde Bedarfsversorgung ermöglicht. Dieses private Ertragsstreben kann wohl in seiner unbeschränkten Geltendmachung gehemmt, auf manchen Gebieten ausgestaltet, auf anderen aus finanziellen Gründen durch staatliche Erwerbsinteressen ersetzt, aber es kann nicht beseitigt werden, ohne daß die Bedarfsversorgung und damit der gesamte kulturelle Fortschritt außerordentlich leiden würde.

Dr. Kann: Ich glaube, aus dem Vortrag des Herrn Prof. Liefmann zwei Punkte herauschälen zu dürfen: die Preissteigerung und die Wirtschaftsfreiheit. Prof. Liefmann verlangt, daß die Kartelle nach dem Kriege auf Preisherabsetzung hinwirken müßten. Ich kann dieser Forderung nicht unbedingt zustimmen. Die Kriegführung hat in allen Staaten, in den kriegführenden, wie in den neutralen, Vermögensverschiebungen herbeigeführt, die in unbedingtem Zusammenhang mit der Preissteigerung

stehen. Letztere selbst ist eine Wirkung einerseits der Warenknappheit, dann verschiedener Ursachen, die aus der Kriegführung direkt entspringen, und vor allen Dingen auch ein Ausfluß der Inflation. Die Inflation ist in allen Staaten zu verzeichnen; wir haben infolgedessen nicht nur in den kriegführenden Staaten eine Teuerung gesehen, sondern auch bei allen Neutralen. Zum Beispiel ist in der Schweiz eine Indexzunahme um annähernd 70%, in Schweden sogar um 90%, in Holland, wenn ich nicht irre, um weit über 100% zu verzeichnen. Diese Indexziffern, die ja eine direkte Aufzeichnung der Preissteigerung sind, sind in den kriegführenden Staaten natürlich viel höher. Die Indexziffern und die Inflation sind Parallelerscheinungen, und es ist ja nicht nur von deutschen Nationalökonomern darauf hingewiesen worden, daß die Inflation die Preissteigerung als solche bewirkt hat. Wenn wir in allen Staaten Preissteigerung sehen, so kann ich nicht annehmen, daß es unbedingt nötig ist, nach dem Kriege auch die Preissteigerung als solche in einem einzelnen Staat zu bekämpfen. Wenn meiner Ansicht nach die Inflation und die Preisteuerung auf eine internationale Gleichung, auf einen internationalen Nenner gebracht werden, so ist es volkswirtschaftlich ganz gleich, ob wir heute für das Pfund Butter 10 M. bezahlen und auf der anderen Seite desto mehr verdienen, gegen einen früheren Preis von 2 M., wenn nur in den neutralen Staaten ebenso viel bezahlt wird. Meiner Ansicht nach muß nicht die Preissteigerung und Inflation als solche bekämpft, sondern nur darauf hingewirkt werden, daß ein internationaler inflatorischer Ausgleich geschaffen wird.

Unbedingt zustimmen kann ich Herrn Prof. Liefmann darin, daß für sämtliche Berufszweige die Wirtschaftsfreiheit gefordert werden muß. Welche Auswüchse die Zwangswirtschaft, die ja im Kriege sicherlich notwendig gewesen ist, gehabt hat, haben wir alle beobachten können. Ein Beispiel: in der Eisenindustrie sind Höchstpreise festgesetzt worden, und der Stahlwerksverband wie alle anderen Verbände haben vor kurzem um Erhöhung der Höchstpreise bei den Instanzen ersucht. Das ist ihnen abgelehnt worden mit Rücksicht auf die günstigen Bilanzausweise, andererseits wurde darauf aufmerksam gemacht, daß die Eisen- und Kohlenindustrie aus dem Auslandsgeschäft, also aus den intervalutarischen Geschäften große Gewinne erzielt habe, die andere Industrien nicht gemacht hätten. Also die Höchstpreise wurden nicht erhöht. Andererseits, und das ist typisch, wurden für den Eisenhandel bestimmte

Höchstpreise festgesetzt, und der Eisenfabrikant muß sich an diese Preise halten, während der Eisenhändler bis 80 M. mehr pro Tonne fordern darf. Zuerst hat man weniger darauf reagiert, aber in der letzten Zeit ist verschiedentlich die Notiz durch die Zeitungen gegangen, daß die Produzenten aus der Eisenindustrie Eisenhandelsgeschäfte aufgekauft und dann bei Anfragen nach Eisen geantwortet haben: ja, Eisen ist wohl zu haben zu dem Höchstpreis mit einer Lieferzeit von acht bis zehn Monaten, aber vielleicht hat mein Eisenhandelsgeschäft Eisen auf Lager, das kostet 80 M. mehr pro Tonne, vielleicht können Sie sich mit ihm darüber auseinandersetzen. Die Unterabteilungen der Groß-Industrie machen die Eisenerlieferungen nicht von ihren Lagern, sondern bei Anfragen haben sie vielleicht das Eisen von ihren Händlern umgeladen, so daß es etwa von dem Ort, wo der Käufer saß, erst wieder zurückging und dann geliefert wurde. Dadurch wurde der Wagenmangel noch größer, ja vielleicht ist er dadurch erst hervorgerufen worden. Nach meiner Ansicht wird der Privatkapitalist jederzeit das Bestreben haben, sich den Gewinn zu sichern, den er zur Erhaltung seines Betriebes unbedingt braucht. Er versteht es, Auswege zu benutzen, auf die der Gesetzgeber im ersten Augenblick gar nicht zu kommen vermag. Wenn also Zwangssyndikate und Zwangswirtschaft fortbestehen, so müssen wir mit der Fortdauer des Schleichhandels und all der Verbrechen der Kriegswirtschaft rechnen. Daher: Hände weg! Der freie Handel muß unbedingt wieder eingesetzt werden, nur er kann die Volkswirtschaft wieder hoch bringen und auf einen Stand heben, den wir unbedingt nötig haben, um Deutschlands Hegemonie zu sichern.

Exzellenz Lusensky: Gegenüber den Ausführungen des Vorredners möchte ich meine Auffassung doch dahin feststellen, daß auf den Abbau der Preise nach dem Kriege sehr erheblicher Wert zu legen sein wird. (Sehr gut!) Die Inflation ist gewiß einer der Faktoren, die zu der kolossalen Preissteigerung beigetragen hat, aber doch immer nur ein Faktor. Es haben eine ganze Reihe anderer mitgewirkt, die nach dem Kriege zweifellos verschwinden werden und die den Abbau der Preise rechtfertigen. Aber selbst wenn man die Sache vom Standpunkt der Inflation aus betrachtet, so scheinen mir die eben gehörten Ausführungen wenig schlüssig. Der Vorredner hat ausgeführt, wenn nur alle Leute ihre Einnahmen in

demselben Umfange gesteigert haben, in dem der Wert des Geldes sich verschlechtert hat, so ist niemand geschädigt; das gelte innerhalb des Staates, aber auch im Auslandsverkehr, und deshalb müßte zwischen den Staaten ein inflatorischer Ausgleich — so hat er dieses Kunststück genannt — herbeigeführt werden. Diese Ausführungen leiden in beiden Hinsichten an erheblichen Bedenken. Es ist eine Hypothese, die jeglicher tatsächlicher Begründung entbehrt, daß die Einkommensverhältnisse sich in gleichem Maße mit den Preisen ändern. Es gibt eine große Anzahl Menschen, Rentner, Pensionäre, Beamte, die nicht jenes Einkommen erwerben können, das dem Sinken des Geldwertes entspricht. Wenn die Preissteigerungen aufrecht bleiben, so würde das für alle diese Gruppen die allerbedenklichsten sozialen Folgen haben. Was nun den Verkehr mit dem Auslande betrifft, so ist die Geldentwertung in dem einen Staate stärker, in dem anderen weniger stark. Wie wollen Sie da einen Ausgleich schaffen? Wollen Sie eine zwangsweise Inflation in den Staaten, die bisher davon freigeblieben sind, herbeiführen? Die Verhältnisse haben sich in jedem Staat verschieden entwickelt, und derjenige Staat, dessen Währung am schlechtesten steht, wird am allerschlimmsten daran sein, wird in seinem Ausfuhrhandel auf das äußerste beschränkt werden und seine volkswirtschaftliche Tätigkeit gerade im Auslandsverkehr wird den schwersten Schaden erleiden. Ich kann mich deshalb nur Herrn Prof. Liefmann anschließen, der es als eine der wichtigsten Aufgaben bezeichnet, daß wir nach dem Kriege die Preise wieder abbauen.

Wirklicher Geheimer Oberfinanzrat Dr. Schwarz: Ich schließe mich dem Herrn Vorredner darin an, daß es auch nach meiner Meinung ein Irrtum ist, wenn man die Preissteigerung in zu engen Zusammenhang mit der Inflation bringt und sie lediglich als deren Folge hinstellt. Der Hauptgrund der Preissteigerung in dem gegenwärtigen Kriege ist vielmehr die **Warenknappheit im Zivilbedarf**, herbeigeführt dadurch, daß die ganze Industrie und Landwirtschaft in immer größerem Maßstab herangezogen werden, ihre Produkte für Heereszwecke zur Verfügung zu stellen. Das zeigt sich auch darin, daß immer mehr Betriebe stillgelegt werden, die für den Zivilbedarf arbeiten. Infolgedessen wird die Warenknappheit immer größer, deshalb werden die Umsätze immer teurer, muß immer mehr Geld in den Taschen und auf den Bankkonten des Publikums

verfügbar sein, weil alles viel teurer bezahlt werden muß usw. Es ist also umgekehrt zunächst die Preissteigerung, welche Inflation. Geldentwertung schafft; diese führt allerdings dann auch wieder zu einer Steigerung der Warenpreise. So entsteht eine Schraube ohne Ende. Ursache und Wirkung wechseln immer ab.

Auf die Inflation wirkt außer der Warenknappheit ferner hin, daß im Kriege viel mehr bar bezahlt als auf Kredit gegeben wird, und endlich der Umstand, daß, wenn soviel Geld im Lande ist, auch sehr viel versteckt wird. In Frankreich sollen drei bis vier Milliarden Banknoten einfach in die Strümpfe gesteckt sein, für Deutschland habe ich noch höhere Zahlen gehört; das fordert immer weitere Schaffung von Geldmitteln.

Was sodann unsere schlechte Valuta anbetrifft, so hat Prof. Liefmann mit Recht hervorgehoben, daß sie nicht nur eine Folge der ungünstigen Zahlungsbilanz, sondern auch die Folge einer Verminderung des Geldwertes im Inlande ist. Es ist ganz klar, daß wenn ausländische Geldforderungen ans Inland bestehen und die Waren hier immer teurer werden, im Ausland unsere Valuta schlechter bewertet wird, weil man ja für sein Geld hier verhältnismäßig wenig kaufen kann. Man muß daher, wenn man unsere Valuta heben will, nach dem Kriege vor allem zu einem Abbau der Preise kommen, ganz abgesehen von den sozialen Gesichtspunkten, die eben Exzellenz Lusensky hierfür hervorgehoben hat. Welche Mittel soll man nun anwenden, um die Preise herabzudrücken? Die Teuerung ist entstanden vor allen Dingen durch die Warenknappheit, sie kann daher in erster Linie auch nur beseitigt werden durch Vermehrung der Waren. Wenn viele Waren angeboten werden, dann werden sie billiger sein, man braucht weniger Geld, um sie zu kaufen, und kann von dem Geld, das man hat, zurücklegen, kann daraus Steuern bezahlen oder es in Anleihen anlegen. Deshalb muß unsere Wirtschafts-, aber auch unsere Steuer-Politik nach dem Kriege vor allem darauf gerichtet sein, die Produktivität des Landes zu fördern und zu erhalten. Weiter kann aber auch die Sparsamkeit darauf hinwirken, die Preissteigerung herabzudrücken. Dadurch rechtfertigen sich z. B. die Erhöhung der Einkommensteuer und auch die Erhebung von Luxussteuern. Wie liegt denn die Sache nach dem Kriege? Unsere Steuern werden nach dem Kriege unter anderem erhoben, um den Invaliden und ihren Familien das Leben zu ermöglichen. Denn die Invaliden können für ihren Lebensunter-

halt und den ihrer Familien selbst nicht mehr genug verdienen, d. h. produzieren. Sie erhalten daher Staatsrenten, um sich die nötigen Lebensmittel, Kleider usw. kaufen zu können. Sie produzieren nicht, sie konsumieren bloß. Aus diesem Grunde, aber noch aus verschiedenen anderen Gründen (Rohstoffmangel usw.) wird die Produktivität nach dem Kriege nicht schnell genug zunehmen, um der Bevölkerung einen reichlichen Bestand von Waren zu sichern. Soll es daher den Invaliden und anderen Bevölkerungskreisen mit niedrigen Einkommen möglich sein, sich ihren Warenbedarf zur Lebensführung zu einem angemessenen Preise zu beschaffen, so müssen die vermögendere Bevölkerungskreise sparsamer leben, weil sie sonst zuviel Waren wegkaufen würden. Damit werden dann die Waren billiger werden, weil die Nachfrage sinkt. So wirkt auch die Sparsamkeit auf den Abbau der Preissteigerung hin.

Professor Großmann: Zur Frage der Beurteilung der Kartelle, insbesondere ihrer produktionstechnischen Seite, möchte ich von der chemischen Industrie sprechen, von der Prof. Liefmann nur die Seifenindustrie erwähnt hat. Bei dieser ist mit aller Schärfe darauf aufmerksam zu machen, daß hier infolge der durch den Krieg beförderten Steigerung der Konzentrationsbestrebungen zweifellos geradezu eine Vernichtung sehr vieler Existenzen, und zwar dauernd, eingetreten ist, die sich auch später noch sehr fühlbar machen wird. Vom Standpunkt der reinen Produktion ist es fraglich, ob das so sehr zu beklagen ist, denn die deutsche Seifenindustrie war zum Teil gewissermaßen etwas rückständig gegen die Konkurrenz anderer Länder, besonders gegen die englische, die über eine große Anzahl von Großbetrieben verfügte. Wir haben in der deutschen Seifenindustrie zwar auch einige sehr leistungsfähige Werke gehabt, aber doch keine Großbetriebe, wie etwa den von Lever Brothers, die sich nicht auf die Seifenherstellung beschränken, sondern auch große koloniasatorische Bestrebungen entwickeln, die in Afrika ihr Palmöl selbst herstellen und andere pflanzliche Öle, und die in sehr großem Maßstabe Ätznatron und andere Rohstoffe gewinnen. Wir haben dem nichts Ähnliches entgegenzustellen. Auch in Österreich besteht ein sehr großes Werk, dem wir keines gegenüberstellen können: die Firma Schicht in Aussig.

Die Kartellierungsbestrebungen sind durch den Krieg auch im Auslande sehr gefördert worden, so in England, das auf dem

Gebiete der Kartellierung vor dem Kriege wesentlich hinter uns zurückgeblieben war. Es ist vor einiger Zeit der englischen Regierung ein großer Bericht von einem Komitee über die Verhältnisse der Schwefelsäureindustrie erstattet worden. Hier wird von der Frage der Preisherabsetzung gesprochen und darauf aufmerksam gemacht, daß der Preis für Schwefelsäure vor der Gefahr stehe, sehr bedeutend zu fallen, weil England nach dem Kriege etwa 500 000 t Schwefelsäure Überschuß haben werde. Sie haben also die größten Befürchtungen, daß die großen Aufwendungen, die man für die Munitionsindustrie, Düngerindustrie usw. gemacht hat, sich als vollkommen wertlos erweisen, eine große Zahl Fabriken geschlossen werden müßte, und jetzt ist die Frage, wie man dem abhelfen kann. Diese Frage hängt aber auch zusammen mit der Frage der Begründung der englischen Zinkindustrie. Man will die australischen Zinkerze auch nach dem Kriege in größtem Maßstab in England verhütten und sie uns fernhalten. Diese Verarbeitung bedingt eine erhebliche Erhöhung der Produktion von schwefliger Säure. Gesetzliche Vorschriften über die Verarbeitung von Pyriten sind in England noch nicht festgelegt, das Komitee weist aber darauf hin, daß es notwendig ist, diese schweflige Säure nicht einfach in die Atmosphäre entweichen zu lassen, sondern sie zu verarbeiten. Das kommt nun zu dem riesigen Überschuß, der schon vorhanden ist, noch dazu. Jetzt weiß das Komitee keinen anderen Ausweg, als eine Vereinigung der verschiedenen Verbände zusammenzuberufen, als Kartellorganisationen, um erneut mit der Regierung geeignete Maßnahmen zu treffen. Wir können also mit Sicherheit darauf rechnen, daß nach dem Kriege diese im Kriege gebildeten festeren Verbände in England weiterbestehen werden und die englische Regierung zweifellos ihr Bestreben darauf richten wird, diese Kartelle möglichst zu festigen, schon mit Rücksicht auf die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse nach dem Kriege — nennen Sie es Wirtschaftskrieg, oder wie man es sonst bezeichnen will.

Auch auf dem Gebiete der Farbenindustrie bestehen in England ähnliche Bestrebungen. Man ist sich in England ganz klar darüber, daß zum Teil die mangelnde Konkurrenzfähigkeit der dortigen gegenüber unserer chemischen Industrie darauf beruht, daß die einzelnen Fabrikanten, jeder für sich, ohne Rücksicht auf die Allgemeinheit produzieren, wobei leicht eine Überproduktion auftritt. Jetzt ist diese Zusammenfassung erfolgt. Kooperation ist jetzt eines der beliebtesten Schlagworte in England. Die Zusammen-

fassung ist aber noch nicht vollständig, sie wird jedoch um so vollständiger werden, als man darauf hinweist, daß sich die stärkeren Verbände in der deutschen Industrie noch mehr verstärkt haben. Selbstverständlich werden wir sie weiter verstärken, ohne Rücksicht darauf, ob sich die englischen Fabrikanten vereinigen oder nicht. Bisher scheint es im englischen Volkscharakter zu liegen, sich im einzelnen freier zu bewegen als bei uns. Dabei spielen gewiß die lange Gewöhnung und der Mangel an „Drill“ eine Rolle. Aber wir können darauf nicht rechnen, wir müssen uns darauf vorbereiten, nach dem Kriege auch in England sehr starke wirtschaftliche Organisationen als Gegner zu finden, die nicht zu unterschätzen sind. Trotzdem glaube ich aber, daß die Frage der internationalen Kartelle keineswegs hoffnungslos ist, es haben sich zum Teil die Beziehungen zwischen einzelnen internationalen Kartellen und ihren deutschen Mitgliedern sehr friedlich lösen lassen. Was sich so friedlich hat lösen lassen, dürfte in absehbarer Zeit schließlich auch wieder mal zusammenkommen, wenn die eigenen Interessen dazu führen.

Professor Dr. Leidig: In der Frage der Stellung der Kartelle nach dem Kriege zum Staat und zur Allgemeinheit kann ich mit dem Herrn Berichterstatter nicht ganz übereinstimmen, der die Forderung eines Kartellamts für die Zeit nach dem Kriege aufgestellt hat. Gewiß, unser Reich und unser Staat können an der Erscheinung der Kartelle weder jetzt, noch nach dem Kriege vorbeigehen. Aber wenn irgend etwas mit einer großen Elastizität, mit einer — ich möchte sagen — auch von Seiten des Staates und des Reiches auf die Persönlichkeit gestellten Art und Weise zu behandeln ist, so sind es m. E. die Beziehungen zwischen dem Reich bzw. dem Staat und den Kartellen. Darüber ist wohl kein Zweifel, daß jedes Amt als solches eine gewisse Neigung, ich kann ruhig sagen, eine starke Neigung nach formalistischer und bürokratischer Behandlung der Dinge hat, nach statistischen Feststellungen und allem, was so dazu gehört. Die Art und Weise des Zusammenwirkens zwischen dem Staat und den Kartellen, wie sie sich jetzt bereits entwickelt hat, scheint mir doch richtiger zu sein. Es ist eine eigentümliche Erscheinung, daß, während wir im ganzen Wirtschaftsleben grundsätzlich den Ruf ausstoßen hören — vor dem Kriege, jetzt und nach dem Kriege — „wir möchten möglichst frei von staatlichen Eingriffen sein“, tatsächlich

in immer größerem Umfang aus allen Teilen des Wirtschaftslebens die Hilfe des Staates angerufen wird. Ich stehe nunmehr fast zwanzig Jahre im Wirtschaftsleben und habe in dieser Zeit die un-
gemein starke Anhäufung oder Verstärkung dieser Tendenz von Jahr zu Jahr gemerkt. Noch am Anfang dieses Jahrhunderts ist es stark abgelehnt worden, daß der Staat in die Streitigkeiten der einzelnen industriellen und wirtschaftlichen Kreise eingriff; heute aber ruft jeder, der sich von einem anderen unterdrückt fühlt in diesen Kreisen, alsbald nach der Staatshilfe. Das ist ein starkes Anschwellen der staatssozialistischen Strömung auch innerhalb der industriellen und Wirtschaftskreise selbst, die sich dieses Charakters ihres Rufens nach dem Staat gar nicht bewußt sind. In der Übergangswirtschaft und später wird das zweifellos noch viel stärker eintreten, trotzdem wir sagen, daß wir dann möglichst vom Staate befreit sein wollen. Ich meine aber, es ist richtiger, wie es jetzt gemacht wird, daß in jedem Fall die vorhandenen Behörden, das Reichswirtschaftsamt, die Handelsministerien in unformeller Weise auf Anrufen des Staates oder in einzelnen Fällen von sich aus — wie jetzt beim Braunkohlenbergbau (eigentlich ganz von sich aus war das auch nicht) — eintreten und in mehr oder weniger formloser Weise mit den Interessenten verhandeln. Was die Behörden wissen wollen, erfahren sie dabei viel besser als durch eine regelmäßige Berichterstattung der Kartelle, von der Herr Prof. Liefmann gesprochen hat. In diesen Berichten würde zweifellos das Interessanteste nicht drin stehen. Genau so ist es mit dem berühmten und von der Theorie etwas stark poussierten Herrn Kommissar des Reichswirtschaftsamtes oder des Handelsministers, der an den Sitzungen des Kartells teilnehmen soll. Ich persönlich bedauere diesen Kommissar (Heiterkeit), denn er erfährt nichts. (Sehr gut!) Es ist in der Diskussion gesagt worden, die wirtschaftlichen Kreise wissen immer Mittel, um um die gesetzlichen Bestimmungen herumzukommen.

Gewiß, es gibt auch Möglichkeiten, während eines Essens bei Adlon oder an einem anderen Ort alles Das durchzuführen, was man in der offiziellen Sitzung in Gegenwart des Kommissars nicht zu besprechen für gut hält. Also ich glaube, diese offizielle starre Organisation sollte man im Interesse des Staates, aber auch des Wirtschaftslebens nach dem Kriege verwerfen, und in bezug auf das Kartellamt sage ich mit einem der Herren Redner: Hände weg!

Der Berichterstatter hat als erwünschte Folge der Kartellierung nach dem Kriege erklärt, daß dann die verstärkte Stilllegung und Ausschaltung von Betrieben durchzuführen sei, wie sie sich im Interesse der Produktivität unserer Volkswirtschaft notwendig erweisen könnte. Gewiß, wenn wir lediglich und allein unsere Volkswirtschaft vom Standpunkt der größtmöglichen Produktivität beurteilen, würde das zutreffen. Aber ich glaube, wir werden gerade für die Zeit nach dem Kriege mindestens mit derselben Energie betonen müssen, daß die gesunde soziale Schichtung unseres deutschen Volkes eine der Hauptaufgaben der Zukunft ist, insoweit diese Entwicklung durch die Erscheinungen des Krieges in zum großen Teil notwendiger Weise auf sozial falsche Bahnen geschoben ist. Es wird eine Hauptaufgabe des Staates sein müssen, um das häufig gebrauchte Wort anzuwenden, und im Großen genommen: weitschauende großzügige Mittelstandspolitik zu treiben. Prof. Liefmann hat früher einmal gesagt, daß die Syndikate Mittelstandsorganisationen sind. Ich stimme dem durchaus bei, und gerade deshalb begrüße ich die umfassende Herbeiführung von Kartellen oder Syndikaten während der Übergangszeit, um so mehr, als ich glaube, daß allerdings eine gesunde Mittelstandspolitik innerhalb unseres industriellen und händlerischen Mittelstandes sich viel leichter durchführen läßt in den Kartellen als ohne die Kartelle. Jedoch darf ihr Zweck nicht die Stilllegung von Betrieben sein, sondern eine „friedliche“ Überführung der ursprünglich rückständigen oder durch den Krieg fast zum Erliegen gebrachten Betriebe zu moderner Produktivität. Allerdings bin ich nicht der Überzeugung, und ich glaube auch da dem Berichterstatter beistimmen zu können, daß das Ideal eines Kartells ein Kartell ist, wie es nach der allgemeinen Norm aufgebaut wird, nämlich lediglich eine Preiskonvention im Verein mit einer Kontingentierung der Produktion. Vielmehr sollte sich die Kartelleitung ein weiteres Ziel setzen, nämlich innerhalb des Kartells dahin zu streben, die höchstmögliche Produktivität herauszubekommen und durchzuführen durch eine Spezialisierung der einzelnen Kartellbetriebe und innerhalb dieser. Das läßt sich nicht überall durchführen, so nicht beim Kohlensyndikat, weil die Kohle, die einmal da ist, nicht vermehrt werden kann; aber je weiter ich in die Halbstoffherzeugung und in die Fertigungskartelle hineingehe, vielleicht auch in die Händlerkartelle, insoweit sie alle nur auf genügend lange Dauer und fest genug aufgebaut sind, um so mehr trifft das zu und läßt sich damit ein Vorteil des Trusts in die Kar-

telle hineintragen. Das aber muß die Hauptaufgabe der Übergangswirtschaft sein: soziale Gesichtspunkte und größtmögliche Produktivität miteinander verbinden!

Professor Flechthelm: Wir sprechen und hören viel von Zwangssyndikaten und denken dabei als Antithese an freie Kartelle. Die Grenze ist schwer zu finden. Die Gesetzgebung tut auch alles, um die Grenze zu verwischen. Wir haben eigentlich Kartelle ohne einen Zwang nicht. An der Geburtsstätte jedes Syndikats steht etwas Zwang. Das Kalisyndikat ist nicht eigentlich zwangsweise gebildet, sondern nur unter dem Druck des Kaligesetzes sozusagen freiwillig entstanden. So wie heute in der Kriegswirtschaft die fast mit militärischer Diktatur sprechenden Stellen Schiedsgerichte genannt werden, so werden die erzwungenen Kartelle mit ihren ernannten Leitern als „Gesellschaften“ bezeichnet. Nicht nur die Entstehung der Kartelle beruht auf Zwang, sondern auch die Verwaltung. Viel wichtiger als der Gegensatz zwischen Zwangs- und freiem Syndikat ist der Gegensatz zwischen solchen, bei denen die Beteiligten Selbstverwaltung haben und denjenigen, bei denen die Beteiligten nur noch Objekte des Kartells sind. Wenn die Definition des Berichterstatters richtig ist, daß die Syndikatsvereinigungen von selbständigen Unternehmern sind, so kann man auf derartige Gebilde den Begriff kaum noch anwenden. Darum sind auch alle die Ideen, im überstaatlichen Verkehr Syndikate zum Träger des Austausches zu machen, nur noch dem Scheine nach Ausflüsse des Syndikatsgedankens. Man wird diese beiden Dinge nebeneinander laufen lassen müssen. Wenn die Erfahrungen der Kriegswirtschaft dahin geführt haben, daß man allgemein den Wunsch hat, von den Zwangskartellen loszukommen, so muß man da einsetzen, muß die Leitung dieser Zwangskartelle in die Hände derjenigen gelegt werden, die von Haus aus mehr davon verstehen. Mag dann selbst der Staat das Interesse haben, das Entstehen oder Bestehenbleiben der Kartelle zwangsweise zu regeln, so ist ihre Verwaltung doch möglichst schnell in die Hand der Meistbeteiligten und Bestunterrichteten zurückzulegen. Nicht unter den Tisch fallen darf folgendes: es gibt Absatzkartelle, die darauf ausgehen, den Absatz von Produkten oder Waren so zu regeln, daß die Preise oder das Kontingent bestimmt sind. Als Gegenstück dieser Absatzkartelle haben wir Bezugskartelle gekannt. Sie haben ein

Stiefmütterchensein geführt, wurden kaum beachtet, und immer ist der Grundsatz aufgestellt worden, sie eigneten sich nicht zu Organisationen höherer Art, als Gegenstücke unserer Absatzsyndikate. Man hat nur an Konditionskartelle gedacht. Diese Verhältnisse haben sich gewaltig geändert und werden sich ändern. Für die Übergangszeit ist bekanntlich geplant, den Bedarf der aus dem Ausland zu beziehenden Rohstoffe zu kontingentieren und hierzu wiederum die Form der Syndikate zu wählen, so daß wir als Spiegelbild der Absatzsyndikate jetzt komplette Bezugssyndikate bekommen, die den gesamten Bedarf der deutschen Industrie an einem bestimmten Rohstoff einheitlich zu decken suchen und die zur Verfügung stehende Menge nach einem besonderen Schlüssel unter die dem Bezugskartell angehörenden Verbraucher verteilen. Und da haben wir jetzt schon einen stillen Kampf zwischen den beiden Richtungen, einerseits der freien Kartelle, bei denen es vielleicht notwendig ist — vielleicht geht man auch darin schon zu weit —, einen direkten oder indirekten Zwang auf die Entstehung auszuüben, bei denen aber doch die Selbstverwaltung denjenigen überlassen bleiben soll, die die Ware beziehen und verbrauchen, und auf der anderen Seite der Forderung, daß die Regelung der Rohstoffe in der nicht allzu kurz gedachten Übergangszeit ganz in der Hand des Staates bleibt und Industrie und Handel nur Objekte dieser Regelung sein sollen. Der Kampf geht hinter den Kulissen vor sich, aber für alle besteht das Interesse, das entscheidende Interesse an dem Wiederaufkommen der Produktivität, das Interesse, daß alle Rohstoffe, die wir überhaupt bekommen, möglichst schnell in die Verwaltung derjenigen Kreise übergeführt werden, die in der Lage sind, sie im Interesse der Volkswirtschaft bestens zu verwerten. Das sind aber nach meiner Meinung doch nur die Kreise des Handels und der Industrie selbst, und die werden sich auch am besten darüber verständigen. Soweit das nicht der Fall ist, mag der sanfte Zwang nachhelfen. Aber auf keinen Fall soll von vornherein wieder so vorgegangen werden, daß staatliche Organisationen die ganzen Rohstoffe in die Hand nehmen und den Bedarf, zwar nicht willkürlich, sondern nach bestem Ermessen, aber doch nur nach dem Ermessen Fernstehender verteilen. Also das Verlangen nach Aufhörung der Zwangswirtschaft muß sich auch darauf erstrecken, daß die neue Erscheinung der Bezugskartelle nicht von vornherein in ganz falsche Bahnen gelenkt wird.

Exzellenz Dernburg: Über Verschiedenes sind wir durchaus einig. Einmal darüber, daß es sich gar nicht darum handeln kann, daß das Kartellwesen nach diesem Kriege in irgend einem nennenswerten Umfange zurückgehen könnte. Der Grundsatz einer wirklich rationellen Herstellung von Bedarfs- und Gebrauchsartikeln ist die Kooperation, oder wie wir zu sagen pflegen, die Organisation und das Kartell ist in seiner richtigen Form zweifellos ein Fortschritt. Prof. Flechtheim hat eben davon gesprochen, daß neben die Produktionskartelle die Konsumentenkartelle gestellt werden müssen. Ich will mehr sagen: daneben tritt als drittes gewaltiges Kartell, das seinen Einfluß auszutüben sucht, das Kartell der produzierenden Arbeit, d. h., der Zusammenschluß in den Gewerkschaften und in den Arbeiterverbänden. Nun haben wir in Deutschland in der ganzen Welt die beste Erfahrung gemacht mit dem Prinzip der Selbstverwaltung, indem man denjenigen, die ein Interesse an den Dingen gehabt haben, die Selbstverwaltung dieser Interessen in die Hand gelegt hat. Der Staat hat meines Erachtens nur da die Funktion einzutreten, wo die Selbstverwaltung sich — und das passiert ja öfter — als unzuständig erklären muß, wo sich die einzelnen Körperschaften in sich oder miteinander nicht einigen können. Welche Kompetenz sollte denn ein Staat, ein Ministerium in Fragen haben, die über all das Wissen hinausgehen, das die Menschen, die sich ihr Leben lang mit den Dingen beschäftigten, sich erworben haben? — Der Staat tritt da ein, wo sich zeigt, daß innerhalb der einzelnen organisierten Gruppen oder zwischen den konkurrierenden Interessen der verschiedenen Gruppen eine billige Einigung nicht erzielt werden kann. Das ist aber die Funktion des Staates, und da kann er sich auch nicht ausschalten. Denn wenn wir nach dem Kriege ein großes Interesse haben, so ist es das, — der letzte Redner hat es betont — möglichst bald zu möglichst umfassender Produktivität zu kommen. — Diese Produktivität hängt gerade mit Rücksicht auf die außerordentlich gestiegenen Kosten jeder Produktion, die aus den gestiegenen Löhnen und Steuer, aus den Schwierigkeiten der Rohzufuhr entstehen, davon ab, daß Deutschland gegenüber dem Auslande konkurrenzfähig bleibt, d. h., nicht teurer produziert als irgend wo anders produziert werden kann.

Einschalten möchte ich, daß der Wirtschaftskrieg nach dem Kriege, von dem die Herren als einem unabwendbaren Fatum gesprochen haben, für mich ein solches durchaus nicht darstellt.

Die Welt hat gar kein Interesse daran. Konkurrenzfähig müssen wir unter allen Umständen sein, deshalb muß rationell gearbeitet werden, und so sehr ich in meinem Herzen mit Prof. Leidig übereinstimme, daß Mittelstandspolitik getrieben werden muß, so kann man die Kartelle doch in Zukunft nicht auf Mittelstandspolitik aufbauen. Die weniger rationellen oder die irrationellen Betriebe können nicht die unterste Preisstufe abgeben, auf die nachher die Gesamtproduktion aufgebaut werden soll; das ist unmöglich. Es muß im äußersten sparsam und im äußersten rationell gearbeitet werden, und da bietet das spezialisierte Kartell die größte Möglichkeit. Der Staat hat aber auch noch ein Interesse daran, daß ihm seine eigene Verwaltung nicht zu furchtbar verteuert wird; ungefähr ein Viertel aller Deutschen leben von festen Einkommen, die nicht beliebig mit der Marktlage der Arbeit oder mit der Marktlage der Ware gesteigert werden können. Nehmen Sie diese ungeheure Zahl von Staatsdienern, die es bei der Post und Eisenbahn usw. gibt, jene unzählige und von Jahr zu Jahr wachsende Menge, die in der Alters- und Invalidenversicherung sowohl bei den Arbeitern, wie bei den Angestellten in die Rente wächst, die vielen Hunderttausende, die ihren Erwerb aufgegeben haben, des Alters oder der Gebrechlichkeit halber, die Millionen von Kriegsbeschädigten, alle Pensionäre — wenn der Staat genötigt sein sollte, aus sozialen Gründen oder aus Gründen der Gerechtigkeit, oder weil er sonst Staatsdiener nicht bekommt, und das fängt vom Ministerialdirektor an und hört beim Streckenwärter auf, diese Löhne und Gehälter anzupassen an das erhöhte Preisniveau, wie der erste Diskussionsredner das für möglich gehalten hat: da gäbe es eine Besteuerung, die gar nicht auszudenken ist. Die kleine Besoldungsregelung von 1909, die nur ein Tropfen auf den heißen Stein war, hat in Reich, Staat und Gemeinden 750 Millionen Mark jährlich gekostet. Also auch der Staat als größter Arbeitgeber hat das Interesse, daß die Preise sinken, d. h., so rationell zu arbeiten wie möglich. Die Preise müssen wieder herunter auf das Maß, das überhaupt mit einer gesunden und ordentlichen Wirtschaft vereinbar ist, und wenn die Kartelle, wie sie das eigentlich sollten, dahin wirken, dann sind sie eben nützliche Agenten einer fortgeschrittenen Wirtschaft. Der Sinn des Kartells ist nicht, einer bestimmten Anzahl von Leuten, die dasselbe Geschäft haben, durch eine monopolartige Vertrustung möglichst große Gewinne in die Tasche zu jagen. Von dem Gesichtspunkt müßte sich die staatliche Gesetzgebung gegen

sie wenden und würde es tun. Das Rheinisch-Westfälische Kohlen-syndikat hat immer behauptet und zum Teil mit Recht, daß es mit seiner Macht keinen Mißbrauch treibe; und das darf auch nicht sein. Das Kartell ist dann eine fortgeschrittene Wirtschaftsform, wenn es dahin wirkt, durch Rationierung, Spezialisierung, Ausschaltung minder tüchtige Glieder, durch Stilllegung und Befriedigung der Ansprüche Stillgelegter, die Produktion so zu kontingentieren, und vom Urstoff bis zum Fertigfabrikat so durchzuführen, daß mit dem Minimum an Aufwand, an Arbeitskräften und Transportmitteln und dem Maximum an arbeitsparender Maschinerie ein Produkt entsteht, das im Inlande billig zu stehen kommt und im Auslande Konkurrenz erlaubt. Gegen ein Kartell, welches das nicht leistet, wird der Staat einschreiten. Es gibt eben verschiedene Kartelle und darauf muß der Hauptnachdruck gelegt werden.

Für die Selbstverwaltung der Kartelle in freier Wirtschaft muß jeder eintreten. Aber in Zukunft kann noch etwas anderes passieren, was dieser Selbstverwaltung eine gewisse Einschränkung geben kann, das wird möglicherweise die Steuerpolitik sein; wenn es nämlich notwendig wird, diese noch viel stärker auszudehnen. Das Bukett von elf Steuern, das dem Reichstag vorliegt, soll mühselig etwa den vierten Teil von dem zusammenbringen, was wir später brauchen werden. Dann wird es vielleicht doch geschehen, daß der Staat einen direkten Anteil an der Produktion bekommt, d. h., daß er in Gemeinwirtschaft mit sämtlichen Produzenten an Gewinn und Verlust teilnimmt. Es ist das schon in sehr vielen Fällen eingetreten, und z. B. beim Rheinisch-Westfälischen Kohlen-syndikat hinsichtlich der Überpreise der Ausfuhr ausgedrückt. Das ändert aber an der Idee der Selbstverwaltung nicht das Mindeste. Der Staat tritt nur als neuer Sozjus ein. Weil ich so etwas kommen sehe, möchte ich davor warnen, zu sagen, hier werde die Freiheit der Entschließung tangiert.

Zusammenfassend kann ich weiter sagen: der Krieg hat eine große Verstärkung und Intensivierung des Kartellgedankens gebracht. Unter diesen Kartellen sind eine ganze Anzahl, die auch abgebaut werden müssen. Gerade das Seifenkartell, das hier angeführt worden ist, ist nicht ein Kartell zur billigen Produktion, sondern ein Kartell der teuren Produktion: ein Kartell zum Schutz der unzähligen Seifensieder, deren Leben natürlich ebenso garantiert werden muß, wie das irgend eines anderen Berufsstandes, das aber Kriterien vermissen läßt, die ich

vorhin für ein nützliches Kartell angegeben habe. Wenn die Idee maßgebend ist, daß auf dem Wege der Syndizierung diejenigen Betriebe, die der außerordentlich intensivierte Wirtschaft nicht standhalten können und nicht gehalten werden brauchen, wegfallen, wenn das Kartell seine Aufgabe darin sieht, möglichst viel, möglichst billig, möglichst konkurrenzfähig zu produzieren, so stellt es eine so fortgeschrittene Erscheinung dar, daß die Bedenken dagegen fallen.

Schließlich: in diesem neuen Deutschland dürfen wir keine Arbeit verschwenden. Wir werden in aller und jeder Richtung unsere sämtlichen Bedürfnisse außerordentlich einzuschränken haben. Wir werden unsren Inlandkonsum selbst über das Maß, das uns unser Einkommen gibt, einzuschränken haben in der Notwendigkeit, neue freie Kapitalien zu bilden. Wir werden unseren Export auf das Allerschärfste zu steigern haben, um überhaupt in der Lage zu sein, Rohstoffe, die wir in unseren eigenen Grenzen nicht finden können, wieder einzuführen, um wieder Auslandguthaben zu schaffen und unsere zerstörte Auslandswirtschaft wieder aufzubauen. Alle diejenigen Vereinigungen, die diesem Gedanken Schwierigkeiten machen, werden die Gesetzgebung gegen sich haben. Es geht auf Grund des Vereinigungsgedankens nur so, daß wir als die deutschen, erwerbstätigen, fleißigen Menschen eigentlich ein großes deutsches Kartell zum Wiederaufbau unserer Wirtschaft, zur Stärkung unserer Spannkraft, zur Erhöhung unseres Ansehens und unseres Kredits bilden, um überhaupt aus dieser schwierigen Zeit herauszukommen.

Professor Liefmann (Schlußwort): Auf die von Prof. Flechtheim erwähnten Einkaufskartelle bin ich nicht eingegangen und habe von ihnen nicht zu sprechen gehabt, weil ich diese Organisationen überhaupt nicht als Kartelle bezeichne. Ich muß allerdings zugeben, daß dieser Stand der Terminologie nicht allgemein in der Wissenschaft akzeptiert ist. Wenn man aber alle diese Einkaufsorganisationen als Kartelle bezeichnete, müßte man schließlich auch die Gewerkschaften der Arbeiter Kartelle nennen. Ich hätte, wenn ich darauf hätte zu sprechen kommen wollen, das ganze Genossenschaftswesen heranziehen müssen. Das wäre viel zu weit gegangen, denn diese Einkaufsorganisationen sind im wesentlichen genossenschaftliche Organisationen. Die Monopolstellung des Einkäufers ist

jedenfalls eine ganz andere als die eines Verkäufers. (Vorsitzender Exzellenz Dernburg: Darf ich gleich einen Irrtum berichtigen: Prof. Flechtheim sprach von Bestrebungen innerhalb der Reichsbehörden, die Rohstoffe, die aus dem Auslande eingeführt werden sollen, zu kontingentieren und zwangsmäßig zu verteilen; das sind nicht Genossenschaften, sondern entweder freiwillig sich zusammenschließende und die Verteilung unter sich besorgende, oder zwangsmäßig zusammengeschlossene und vom Staat zu beliefende Gruppen. — Das schwebt noch.) Das sind nach meiner Auffassung keine Kartelle; weil es Einkaufsorganisationen sind, während Kartelle zum Zweck des Verkaufs gebildet werden. Die Monopstellung eines Verkäufers ist eine so andere, wie die eines Einkäufers, ihre Wirkung ist so verschieden, daß beides wenig miteinander vergleichbar ist, weshalb ich es vorziehe, den Begriff des Kartells nur in der von mir eingangs meines Vortrags erwähnten Weise zu verwenden. Sonst dürfte man niemals von Kartellen schlechthin, sondern müßte immer nur von Einkaufs- und Verkaufskartellen sprechen. Man denkt aber immer nur an die letzteren, wenn man von „Kartellen“ spricht.

Der Hauptteil der Diskussion hat an zwei Probleme angeknüpft, die vielleicht die schwierigsten und wichtigsten sind, die es augenblicklich in der Wirtschaftstheorie und in der Praxis gibt, nämlich einmal die Frage nach der künftigen Preisbildung und der Notwendigkeit, die Preise herabzusetzen — ein Problem, mit dem ich mich vom theoretischen Standpunkt aus besonders eingehend beschäftigt habe; und dann ein eminent politisches Problem, das der Mittelstandspolitik, die Frage, inwieweit die Kartelle Mittelstandspolitik treiben sollen oder treiben, inwieweit also die größte Produktivität der Volkswirtschaft vereinbart werden kann mit der Mittelstandspolitik, der Erhaltung der selbständigen Existenzen, die einmal da sind. Zu 1) hat Exzellenz Lusensky die Irrtümer des ersten Diskussionsredners so schlagend wiederlegt, daß ich darauf kaum einzugehen brauche. Mit Geheimrat Schwarz bin ich ganz der Meinung, daß selbstverständlich der Hauptgrund unserer hohen Preise im Inlande in der Warenknappheit zu sehen ist, die dann durch die Spekulation immer weiter ausgenutzt wurde. Und gerade diese Tatsache, daß wir, die Mittelmächte, abgeschlossen vom Weltmarkt, zu einer Zeit die Warenknappheit schon hatten, als unsere Gegner von einer solchen noch nichts zu spüren hatten, die bewirkte es, daß die Preiserhöhungen bei uns schneller und stärker

erfolgten als im Auslande. Daher ist von einer Gleichmäßigkeit dieser Verhältnisse im In- und Auslande keine Rede. Ich darf hierbei eingehen auf die noch sehr verbreitete Meinung, daß eine Inflation dann nicht vorliegt, wenn Zahlungsmittel ausgegeben werden auf reale Werte hin. Wie ich dieser Tage wieder gehört habe, besteht immer noch die Gefahr, daß ein großer Teil der Kriegsanleihen, die nach dem Kriege zurückströmen, weil sie von Industriellen gezeichnet wurden, die dann ihr Kapital wieder flüssig machen wollen, aufgenommen werden soll durch die Darlehnskassen, und daß dann die Darlehnskassenscheine entsprechend weiter vermehrt werden. Die Reichsbank steht leider, wie es scheint, immer noch auf dem Standpunkt von 1914: Darlehnskassenscheine seien ungefährlich, weil sie ausgegeben würden auf „reale wirkliche Werte“ hin. Ich betone das, weil ich behaupte, es könnte nichts Katastrophaleres geben für unsere Volkswirtschaft und für die Notwendigkeit günstiger Preisbildung, als wenn in größerem Umfange die Darlehnskassenscheine oder überhaupt das Papiergeld noch weiter vermehrt würde, um solche Werte aufzunehmen. Das ist der alte Gedanke von John Law, daß man auf den Boden hin, einfach auf das Vorhandensein eines Wertes, beliebige Zahlungsmittel ausgeben dürfe. Hoffentlich wächst bis zum Ende des Krieges die Einsicht in das Geldwesen, so daß wir vor derartigen Maßregeln bewahrt bleiben.

Nun zu dem Problem der Mittelstandspolitik und der größten Produktivität. In den Ausführungen des Redners, der unsere Seifenindustrie mit der englischen verglich, wurde schon darauf hingewiesen, wie außerordentlich verschieden diese Frage bei den einzelnen Industrien ist. Sie sehen selbst in der chemischen Industrie auf der einen Seite die denkbar schärfste Konzentration, auf der anderen Seite eine außerordentlich große Zahl kleiner Betriebe, eben in der Seifenindustrie. In England aber ist das Gegenteil der Fall: eine große Konzentration in der Seifenindustrie, aber die bei uns so machtvoll entwickelte chemische Industrie ist dort nur wenig entwickelt. Es ist daher außerordentlich schwierig, allgemeine Gesichtspunkte darüber aufzustellen, was besser ist: für größte Produktivität zu sorgen im Wege der Vertrustung, oder für die Mittelstandspolitik zu sorgen und möglichst viele Existenzen zu erhalten. Letzteres ist vielleicht um so weniger möglich, als wir in einem Zeitalter fortgesetzter technischer Umwälzungen leben, die dazu führen können, daß eine Industrie, die heute eine große Zahl

7. 11. 8

von Betrieben umfaßt, aus technischen Gründen sich konzentrieren muß. Das haben wir in der Eisenindustrie gesehen, wo die Benutzung der Hochofengase zum Betrieb weiterer Anlagen unmöglich allgemein, sondern nur in großen Werken eingeführt werden konnte. Man kann also nicht eine allgemeine Regel dafür aufstellen, was zweckmäßiger sei, Mittelstandspolitik oder Förderung größerer Produktivität. Es wird die außerordentlich schwierige Aufgabe unserer Regierung sein, dies in jedem Einzelfall zu prüfen und dazu auch die technische Entwicklung im einzelnen zu verfolgen. Daß dazu technisch und wirtschaftlich vorgebildete Beamte notwendig sind, sei hier nur erwähnt.

Ich unterstreiche endlich die Ausführungen Prof. Leidigs, nicht zu sehr auf Staatshilfe zu bauen. Das kommt auf meinen Schluß hinaus, daß es auf den Unternehmungssinn des Einzelnen ankommt. Es ist ganz richtig, daß, weil wir von jeher gewohnt waren, gegängelt zu werden, wir immer gleich nach dem Staat rufen, statt an Selbsthilfe zu denken. Damit werden die Aufgaben des Staates übertrieben. Nicht übermäßiger Sozialismus wird nach dem Kriege zu treiben, sondern es wird die Aufgabe des Einzelnen sein, möglichst sich selbst zu helfen und möglichst wenig vom Staate zu verlangen.

Soeben ist erschienen:

Landwirtschaftlich Statistischer Atlas

Die landwirtschaftliche Erzeugung der Welt
Der deutsche Aussenhandel

105 Karten nebst Einleitung

von Dr. **F. Lange**

Geschäftsführer der Landwirtschaftskammer in Bremen

Nebst Geleitwort von Prof. Dr. **F. Wohltmann**

Preis des Werkes, gebunden, Mark 72,—

HAMBURGER FREMDENBLATT: . . . Wir erblicken einen unbestreitbaren Wert des Werkes u. a. darin, daß es infolge seiner einfachen, übersichtlichen Darstellung einen schnellen und sicheren Einblick in die früheren Ernte-, Vieh- und Handelsverhältnisse aller Länder der Welt gestattet und so für jeden Staatsmann, Volkswirtschaftler, Landwirt oder Händler ein zuverlässiger, statistischer Ratgeber von dauerndem Nutzen sein wird. Ganz besonders wird sich Gelegenheit bieten, zur Zeit der sogenannten Übergangswirtschaft auf das umfangreiche, in dem Atlas gebotene Material zurückzugreifen, wenn es gelten wird, frühere Handelsbeziehungen wieder anzuknüpfen und für unseren Außenhandel gleichzeitig neue Richtlinien zu schaffen.

SCHLESISCHE ZEITUNG: . . . Dieses Werk läßt in mehr als hundert Kartendarstellungen ein Bild der deutschen Landwirtschaft in ihrer Kraft, aber auch in ihrer Bedingtheit, zugleich ein großzügiges Weltbild der Bodenproduktion und des internationalen Güteraustausches sich vor unseren Augen entrollen. . . . Solche Erkenntnis zu ermöglichen ist Dr. F. Lange mit seinem Atlas auf das glänzendste gelungen.

BREMER NACHRICHTEN: Der Verfasser hat das spröde Material meisterhaft bewältigt . . . Aus diesen Karten ist alles Wissenswerte klar ersichtlich, unsere Schwäche und unsere Stärke. Es genügt ein einziger Blick auf die Karten, um sofort das ganze Weltbild in seinen Beziehungen zu Deutschland im Auge zu haben . . . Der Außenhandelskaufmann, der Politiker, der Student wird ebenso viel Anregung in ihm finden. Speziell auch für Unterrichtszwecke halte ich ihn für ausgezeichnet. Unsere jüngeren Kaufleute und höheren Schüler können an Hand der von ihm gegebenen Übersichten in die einheimische und die Weltwirtschaft in einer Weise eingeführt werden, die ihnen sinnfällig und zwanglos wertvolle Aufklärung und — was nicht zu unterschätzen ist — Anregung zu vermitteln vermag . .

(Dr. Gehrke, Kiel).

DIETRICH REIMER (ERNST VOHSEN) BERLIN

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY
BERKELEY

Return to desk from which borrowed.
Book is DUE on the last date stamped below.

0JG

'63AG

ICLF (N)

'64 LD

'64-10

FEB 3 1968

REC. CIR. OCT 8 '75

'64JG

'64 LD

'64-1 PM

11, '49 (B7146s16) 476

Edil Dreyer's Buchdruckerei
BERLIN SW 61
Brücker-Strasse 22.

720233

HD2859
L5

UNIVERSITY OF CALIFORNIA LIBRARY

